

A. Besprechungen

eikones[®] NFS Bildkritik
NCCR Iconic Criticism

**Zwischen Bilderlast und Bilderschatz.
Pressefotografie und Bildarchive
im Zeitalter der Digitalisierung**

Mirco Melone



01) Mirco Melone: Zwischen Bilderlast und Bilderschatz. Pressefotografie und Bildarchive im Zeitalter der Digitalisierung. (55 + 1 zumeist mehrfarbige Abb.).

(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 291 Seiten.

ISBN 978-3-7705-6272-5. 69,00 Euro.

= eikones NFS Bildkritik. [Herausgegeben vom Nationalen Forschungsschwerpunkt Bildkritik an der Universität Basel].

Die vorliegende Arbeit wurde bereits im Jahre 2016 an der Universität Zürich (Philosophische Fakultät, Professoren Dr. Monika Dommann sowie Dr. Bernd-Alexander Stiegler) als Dissertation angenommen. Im Jahr 2017 wurde Mirco Melone für seine Dissertation «Fotografische Geschichte. Kommerzielle Bildanbieter, Digitalisierung und das historisch Werden der Pressefotografie in der Schweiz» auf Antrag der Philosophischen Fakultät mit dem Jahrespreis der Universität Zürich ausgezeichnet. Die Laudatio hierzu führt aus: „Die Dissertation ist aus wissenshistorischer, archivtheoretischer und bildwissenschaftlicher medienhistorischer Perspektive deshalb so gelungen, weil sie die Umdeutungen und Neubewertungen von Pressefotografien genauso unter die Lupe nimmt wie den technischen und organisatorischen Wandel, der mit den Einführungen von relationalen Datenbanken und der Digitalisierung von Bildbeständen einhergeht“.



Mirco Melone wurde 1984 in Liestal / Schweiz geboren. Er studierte von 2003 bis 2011 Geschichte und Geographie an der Universität Basel. Es folgte eine mehrjährige Projektmitarbeit im Ringier-Bildarchiv, Staatsarchiv Aargau. Seit 2012 war er Stipendiat der NFS Bildkritik-eikones und Doktorand am Historischen Seminar der Universität Zürich, wo er eben 2016 promovierte.

Wie kam Mirco Melone zu dem Thema? Er schreibt einleitend (S. 11): „Dieses Buch handelt von Millionen von Bildern. Am Anfang stand jedoch ein gänzlich unspektakulärer Anblick: Auf Paletten gestapelt, türmten sich vor mir hunderte von weissen Umzugskartons neben sperrigen Holzschränken. In die Schränke waren bereits tausende von Hängeregistern voller Abzüge und Dias einsortiert worden. Das Staatsarchiv Aargau hatte gerade fast 2.000 Kartons mit ungefähr sieben Millionen Pressefotos nach Aarau in ein ehemaliges Papierdepot transportieren lassen. Das war im Frühjahr 2009...“

Weiter heißt es: „Und es werden zugleich die zeitgeschichtlichen Implikationen des Buches sichtbar. Denn als historische Überreste sind die hier untersuchten Pressefotos und -archive nicht nur Gegenstand einer Zeitgeschichtsschreibung. Auch ihre Geschichtswertung selbst, also ihre Transformation vom Gebrauchsgut zum historischen Archiv ist noch nicht abgeschlossen. Was mit den von öffentlichen Archiven, Museen und Bibliotheken übernommenen Pressefotoarchiven geschieht und wer langfristig die Lagerung und Aufbereitung finanziert, wird noch immer ausgehandelt. Die bei Historikern oft geforderte Distanz zum Gegenstand ist bei mir also nur bedingt gegeben...“

Seine Darstellung gliedert Mirko Melone in zwei Hauptabschnitte, denen Ausführungen voran- bzw. nachgestellt werden. Der Abschnitt „Einleitung: Digitalisierung und Geschichtswertung“ (S. 15-30) behandelt in Unterabschnitten „Historische Ethnographie“ (S. 20-23), „Praxeologie der Fotografie“ (S. 23-26), „Perspektivenwandel und Geschichte ‚machen‘“ (S. 26-30). In 120 Fußnoten (von insgesamt 888 Fußnoten der Publikation) – hier als „Endnoten“ bezeichnet – werden die Quellen für die Aussagen genannt. Kernsätze dieser Abschnitte sind etwa (S. 16) „Im Hintergrund dieser Geschichtswertung stehen das Aufkommen der datengestützten Bildverwaltung und der digitalen Fotografie... Die Digitalisierung von Medien führt zu ihrer Historisierung“. Weiter heißt es: „Digitalisierung geschieht also. Sie markiert die Transformation von Pressearchiven und -fotos vom Verkaufsgut zu historischen Überresten“.

Daraus ergeben sich für Mirko Melone „eine ganze Reihe von scheinbar einfachen Fragen: Seit wann wird digitalisiert? Wer waren die beteiligten Akteure und welche Rolle spielten sie? Welche technischen, archivischen, bildwirtschaftlichen und wissenshistorischen Prozesse liefen im Verlauf der Digitalisierung ab? Und warum werden Archivbestände und archivierte Fotos deshalb zu historischen Überresten?“

Mirko Melone will diesen Fragestellungen nachspüren: „In der Schneise des Übergangs von analog zu digital leuchtet dieses Buch daher nicht nur einen technologischen Wandel aus, sondern in gleicher Weise einen archiv-, medien- und wissenshistorischen Umbruch“. Der Autor weist hier auch darauf hin, „dass die Digitalisierung letztlich dazu geführt hat, dass die Fotoarchive für viele kommerzielle Anbieter zur Bilderlast geworden sind, Denn sie beanspruchten viel Lagerraum und personelle Ressourcen, warfen jedoch kaum mehr Erträge ab. Als Konsequenz dieses Wechsels von der analogen zur digitalen Fotografie, und damit auch von Fotoarchiven zu Bilddatenbanken, wurden die Archivbestände an öffentliche Institutionen abgegeben. Jene deklarieren sie nun ganz allgemein zum Bilderschatz, zu ‚Kulturgut von hohem Rang...‘ und zu historischen Quellen, die es zu sichern gelte...“

Wer sich jetzt den beiden Hauptabschnitten zuwenden will, den darf die – schüchterne - Anwendung der Gendersprache („Archivarinnen“ usw.) nicht stören und der sollte sich



andererseits ein eigenes Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen (für Einrichtungen) anlegen und – auch eine große Hilfe – sich die Definitionen bestimmter Begriffe notieren, die nicht allen Lesern außerhalb des süddeutschen Raumes und der Archivwissenschaft geläufig sein dürften. Für den Lesefluss störend erweisen sich auch häufige Fremdworte, deren deutsche Bedeutung nicht immer leicht festzustellen ist.

Der erste Hauptteil „Vom veralteten zum historischen Pressefotoarchiv“ (S. 33-124) behandelt in reich untergliederten und illustrierten Kapiteln „Vom archivieren zum dokumentieren“ (S. 35-49), „Technische Kontraste“ (S. 51-71), „Ein neuer Bildtyp“ (S. 73-91), „Zwischen Kommerz und Kultur“ (S. 93-109) und „Umwidmungen“ (S. 111-124) das Thema.

Der zweite Hauptteil „Fotografische Geschichte ‚machen‘“ (S. 127-198) gliedert sich in die Hauptabschnitte „Vergangenheit (re)organisieren“ (S. 129-130), „Die Korrekturen“ (S. 147-163), „Die richtige Auswahl“ (S. 165-179) und – warum in Englisch? - „History in the Making“ (S. 181-198).

Für den Leser, der sich schnell über die Darstellung von Mirko Melone informieren will, sind nicht nur die vor den Hauptteilen aufgeführten Abschnitte hilfreich, sondern auch der den Hauptteilen nachfolgende Abschnitt, der wichtige Erkenntnisse der Untersuchung zusammenfasst: „Digitalisierung historisieren“ (S. 201-209). So kann Mirko Melone „die hier erzählte paradigmatische Fallgeschichte, die Wandlung vom Verlags-Fotoarchiv zum historischen Bestand in vier grobe Zeitabschnitte periodisieren“ (S. 201):

„Um 1980 kamen die alten Pressefotos in den Archiven der Bildanbieter erstmals als historische Fotografien in den Blick. Sie wurden unter ökonomischen Prämissen aufbereitet und als neuer Bildtyp konstituiert. Gegen Ende des Jahrzehnts setzte dann eine Übergangsphase ein. Die kommerziellen Bildanbieter gerieten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Die für die Verwaltung von Bildmetadaten aufgebauten Datenbanksysteme sollte durch Bilddatenbanken ersetzt werden. Das Aufkommen der digitalen Fotografie zu Beginn der 1990er-Jahre und damit einhergehend die Digitalisierungsmöglichkeiten für Bilder veränderten die Bedeutung analoger Fotobestände. Um die Jahrtausendwende und dann vor allem in den 2000er-Jahren setzte schliesslich eine großflächig betriebene Bilddigitalisierung ein, die vorderhand auch mit Blick auf kulturhistorische Bildwerte erfolgte. Die beginnende Wertschätzung der Archive als Kulturgüter führte in die vorerst letzte Phase über, nämlich zu den Übernahmen und der Bewirtschaftung der Bestände durch öffentliche Institutionen.“

Die im ersten Teil des Buches aufgezeigte „Geschichte der Digitalisierung als Perspektivenwechsel war mit archivalischen Praktiken gekoppelt: materielle Reorganisationen, Überschreibungen, Selektionen, Bewertung und konservatorische Umlagerung. Dem Perspektivenwechsel korrespondiert also eine Geschichte von Digitalisierungsprozessen“, im zweiten Teil des Buches ist die Geschichte der Digitalisierungsprozess „als eine Geschichte archivarischer Aufbereitung geschrieben“. „Sie bringen Pressefotoarchive als eine sozial ‚gemachte‘ historische Überlieferung ..., die es zu analysieren gilt, um sie für künftige Forschungen und Vermittlungsarbeit zu nutzen“ (S. 202).

Einerseits wurde die „Bilderlast“ verringert, indem nach bestimmten Kriterien die Menge der Bild „ausgedünnt“ wurde, andererseits gab es auch technische Pannen: „Denn fehlerhaft ausgeführte Abläufe beim Scannen der Fotografien führten zum Verlust von über 100.000 Bilddigitalisaten. Mit dem Abschluss von Digitalisierungsprojekten und Selektionsprozessen erfolgte die Abgabe der Pressefotoarchive an öffentliche Institutionen. Mit diesen Übernahmen verlagerte sich das archivarische ‚Machen‘ von fotografischer Geschichte in die Magazine und Aussenlager von öffentlichen Archiven, Museen und Bibliotheken. Auch hier bedeutet archivarisches ‚Machen‘ Selektion: bestimmte Fotobestände werden



aufbereitet, andere wiederum nicht oder vielleicht erst in ein paar Jahren oder gar Jahrzehnten. Bei dieser Auswahl besitzen die Institutionen eine Deutungshoheit über die historischen Überreste. Ausschlaggebend sind dabei sowohl institutionelle als auch archivarische Nutzungsinteressen und Bedeutungszuschreibungen. Die vom Staatsarchiv Aargau durchgeführten Aufbereitungen waren jedoch ebenso von Interessen von Geldgebern wie *Memoriav* [*Memoriav ist ein 1995 gegründeter Verein, der sich die Erhaltung und die Erschließung des schweizerischen audiovisuellen Kulturgutes zur Aufgabe gemacht hat, Anm. R.H., nach WIKIPEDIA, aufgerufen am 16.06.2020, 11:00 Uhr*] oder dem Bundesamt für Kultur beeinflusst. Diese Geldgeber haben ihre eigenen Agenden und Kriterien, welche Fotobestände aus welchen Gründen der Bewahrung würdig sind. Die institutionellen und archivarischen Nutzungsinteressen sind daher mit denjenigen der Geldgeber verwoben, beide sind voneinander abhängig“ (S. 208).

Der Autor schließt diesen Abschnitt mit einem Blick auf weitere Untersuchungen: „...das Beispiel des Ringier-Fotoarchivs steht zwar in einer Reihe mit weiteren Beispielen wie Keystone Schweiz und lässt sich verallgemeinern. Dennoch vermögen nur weitere Fallgeschichten – zusätzliche *Close-Ups* – den vielfältigen Digitalisierungsprozessen in Fotoarchiven weitere Randschärfe zu verleihen“ (S. 209).

Mirko Melone schließt seine Untersuchung mit einem Abschnitt „Vabanque-Spiel der Geschichte?“ (S. 211-216), einem Anhang mit „Dank“ an Unterstützer seiner Arbeit (S. 221-222), dem Verzeichnis von „Endnoten“ (S. 225-262), der Bibliographie (S. 263-288) – nur Titel in deutscher und englischer Sprache – und einem „Abbildungsnachweis“ (S. 289-291).

Die Bedeutung der Fotografie für die Geschichtsbetrachtung ist gestiegen, das zeigt auch die Initiative der Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die im Sommer 2019 eine Expertenkommission berufen hatte, die am 10. März 2020 das Konzept zur Errichtung eines Bundesinstituts für Fotografie vorgelegte: „Ziel ist es, das fotografische Kulturerbe Deutschlands systematisch zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ (Pressemitteilung). Diese Institution geht allerdings von den Fotografen aus, kann also unser Anliegen der Landesgeschichte nur begleitend unterstützen. Grütters führte weiter aus, das künftige Institut für Fotografie soll kein Museum sein, sondern „ein Ort des Bewahrens, der Forschung, des Wissens, der Vermittlung.“

Und im Klappentext des Buches heißt es daher auch: „Digitalisierung macht Geschichte: Öffentliche Institutionen übernehmen vermehrt Fotobestände von Bildagenturen und codieren sie zu historischen Kulturgütern um. Doch das ist nur das vorläufige Ende eines vielschichtigen Prozesses... Dabei wird in verschiedenen historisch-medialen Konstellationen deutlich, wie und mit welchen Beweggründen Bilder an Geschichte geknüpft worden sind. Der Fall Ringier ermöglicht so zugleich eine praxeologische Reflexion über das Verhältnis von Fotografie, Archiv und Geschichte“.

Dem Werk ist gerade auch im Bereich der geschichtlichen und geografischen Landeskunde eine weite Verbreitung und Fortführung zu wünschen.

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

Eingang: 16.06.2020





- 02)** Vincent Regente: Flucht und Vertreibung in Europäischen Museen. Deutsche, polnische und tschechische Perspektiven im Vergleich. (Bielefeld) transcript (2020). 646 Seiten.
= Public History – Angewandte Geschichte. Band 3.
Print-ISBN 978-3-8376-5169-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5169-4.

Vincent Regente legt hier seine 2019 an der Freien Universität Berlin von Prof. Dr. Oliver Janz betreute umfangreiche Dissertation vor. Zweitgutachter war Prof. Dr. Michael Schwartz.

Vincent Regente wurde 1987 in Göttingen geboren. Durch die familiäre Herkunft ist er mütterlicherseits mit dem Buchenland/Bukowina verbunden. Das Thema Flucht und Vertreibung war ihm daher auch durch Gespräche in der Familie bekannt.

Erstmalig wurden hier von Vincent Regente „erinnerungskulturelle Auseinandersetzungen am Beispiel von sieben aktuellen Museumsprojekten in Berlin, Danzig, Brüssel, Görlitz, Kattowitz, Aussig und München vergleichend herausgearbeitet“, „sein konsequent trinationaler Ansatz <berücksichtigt> die deutschen, polnischen und tschechischen Sichtweisen gleichermaßen“ (aus der Werbung des Verlages).

Dieser Ansatz soll neue Perspektive für das Verständnis des Diskurses über „Flucht und Vertreibung“ ermöglichen.

Vincent Regente hat sich durch sein Studium an verschiedenen Orten wie auch durch seine Tätigkeiten im Museums- und Ausstellungsbereich eine solide Grundlage für dieses Forschungsthema geschaffen. Teilweise wird das schon bei der Danksagung im Vorwort



(Seiten 9 – 10) seiner Arbeit deutlich, wo Regente einer Reihe von Forschern „für Inspiration und Ratschläge“ dankt: Klaus-Peter Johné, Philipp Ther, Włodzimierz Borodziej, Hans-Jürgen Bömelburg sowie Paul Nolte; dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr dankt Regente für die Möglichkeit, Praxis und Einblicke an den Standorten Dresden und Berlin-Gatow gewonnen zu haben.

In der „**1. Einleitung**“ (S. 11 – 52) führt Regente u. a. aus, dass seine „Arbeit untersucht, warum die Darstellung deutscher Opfer des Zweiten Weltkriegs im vereinten Europa auch nach Jahren der Verständigungsarbeit und Versöhnungsgesten nach wie vor umstritten und umkämpft ist. Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex von Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges ist dafür ein zentraler Schlüssel. Fünf Museumsvorhaben in Deutschland, Polen und auf europäischer Ebene werden auf die geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Entwicklung dieses Themenfeldes hin untersucht. Dabei steht die Frage nach zu beobachtenden Annäherungen und fortbestehenden oder neuen Spaltungen im Fokus“ (S. 11). Regente nennt hier auch die von ihm für die Studie ausgewählten Einrichtungen, so vergleicht er das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig mit dem Haus der europäischen Geschichte in Brüssel, beide 2017 eröffnet, und mit den Planungen der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin, deren Dauerausstellung nun nicht 2020, wie Regente 2019 noch schreibt, sondern erst 2021 eröffnet werden soll. Ein „weiteres Untersuchungspaar“ sind „zwei regionalgeschichtliche Museen“, das Schlesische Museum in Görlitz und das Muzeum Śląskie in Kattowitz. Ergänzend, so Regente, werden die Planungen für das Sudetendeutsche Museum in München und das Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens in Aussig an der Elbe in Tschechien betrachtet. Daran schließt Regente die vergleichende Untersuchung von „Museumsprojekten mit europäischem Anspruch“ an.

Flucht und Vertreibung sind „katastrophale Folgen des Zweiten Weltkrieges“ (S. 12), aber Regente weist bereits auf Seite 11 darauf hin, dass „das Themenfeld der Zwangsmigration in den letzten Jahren eine traurige Aktualität erlangt hat“, aber auch auf die Tatsache, dass „in der Gegenwart Europa zum Zielort von Migrationsbewegungen geworden ist“, hat 2015 eine neue Dimension erreicht durch die Aufnahme von Hunderttausenden Flüchtlingen und Migranten.

Auf Seite 13 nennt Regente neben den Deutschen weitere Bevölkerungsgruppen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs von „weiteren großflächigen Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen“ betroffen waren: die Polen aus dem *kresy* [aus den 1920 von Polen eroberten „Ostgebieten“ östlich der „Curzon-Linie“, Anm. R. H.] als nächstgroße Gruppe, die Vernichtung des europäischen Judentums und der Sinti und Roma – „das ausschließlich von Deutschland oder gemeinsam mit der Sowjetunion verursachte Ende ehemaliger multiethnischer und multikonfessioneller Kulturregionen wie Galizien änderte das bisherige Antlitz von Osteuropa vollständig und stellt einen bis heute fortwährenden kulturellen Verlust ungeheuren Ausmaßes dar... Dies ist nicht nur ein kultureller, sondern auch ein politischer Verlust...“ (S. 13).

„Warum die hier behandelten Museumsprojekte nach wie vor umstritten und umkämpft sind, soll die Arbeit durch die Diskussion der schon existierenden und geplanten Ausstellungen sowie die ihnen vorangegangenen und sie noch begleitenden Debatten beantworten. Dafür wird die Diskursgeschichte skizziert und auf die zentralen Konfliktlinien und Argumente hin untersucht...“, führt Regente weiter aus (S. 14).

Erinnerungskulturelle Entwicklungen, so die These von Regente, materialisieren sich in Museumsprojekten, die analysiert werden können. Die verschiedenen Ansätze werden verglichen und auf Gemeinsamkeiten und Trennendes untersucht, um am Ende „eine Bilanz über die Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung in Deutschland, Polen und Tschechien sowie auf europäischer Ebene zu ziehen“ (S. 14).



Im folgenden Unterkapitel „1.1 Untersuchungsansatz, Selbstverständnis des Autors und Sprache“ diskutiert Regente das historische Geschehen, um der Frage nachzugehen, „was und warum unterschiedlich erinnert wird“. Auch wenn die Ausstellungen im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, werden auch andere Elemente wie Personalstruktur oder Gesetzgebung einbezogen. Des Weiteren begründet Regente die regionale Beschränkung und die Auswahl der Regionalmuseen (S. 16/17). Die Untersuchung berührt auch die „Grundfrage nach Tätern und Opfern“; es werden auch „Graubereiche“ aufgezeigt... (S. 19). Regente betrachtet die deutschen Vertriebenen „als eine Opfergruppe, deren Anspruch auf eine Erinnerung ihrer Geschichte in seiner angemessenen Dimension für Deutschland und seine Nachbarstaaten berechtigt ist. Das heißt freilich nicht, dass ihre Verbände und Positionen unkritisch gesehen werden“ (S. 20).

Bei der Frage der Ortsbezeichnungen will Regente pragmatisch vorgehen: „In Polen verbindet kaum noch jemand mit der Bezeichnung von Wrocław als Breslau revanchistische Forderungen“, bei der ersten Nennung des Ortes sollen beide Namen, dann aber nur der deutsche Ortsname angegeben werden. Regente sieht aber Grenzen bei Mittel- und Kleinstädten [und wohl auch bei Dörfern usw., Anm. R.H.], „deren deutsche Bezeichnungen aus der Öffentlichkeit weitgehend verschwunden sind“. *Der Rezensent R.H. will ihm hier nicht folgen!*

Nation und Nationsbegriff, „Siebenbürger Sachsen“ als Deutsche, „Sudetendeutsche, „ein Terminus, der sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend durchgesetzt hat“, werden hier auch angesprochen (Seite 21).

Im Unterkapitel „1.2 Untersuchungsgegenstände“ (S. 22 – 26) gibt der Autor V. R. eine erste Übersicht der untersuchten Museen, im folgenden Unterkapitel „1.3. Diskussion der Schlüsselbegriffe“ (S. 26 – 38) geht er auf verschiedene Begriffe ein, wie „Flucht und Vertreibung“ (S. 27 - 31), „Europa und europäische Erinnerung“ (S. 31 – 37), „Versöhnung und Verständigung“ (S. 37 – 38).

In den Unterkapiteln „1.4. Forschungsfeld und Quellen“ (S. 38 – 50) und „1.5 Aufbau der Arbeit“ (S. 51 – 52) werden die wissenschaftlichen Grundlagen und die Struktur des Vorgehens bei der Untersuchung erläutert.

Diese Analyse findet dann im Abschnitt **„2. Theoretische und methodische Grundlagen“** (S. 53 – 94) ihre Fortsetzung mit den Unterabschnitten „2.1 Vergleichende, transnationale und europäische Geschichtsschreibung“ (S. 53 -56), „2.2 Erinnerungen und Erinnerungskultur“ (S. 56 – 60), „2.3 Geschichtspolitik“ (S. 60 – 65), „2.4 Historische Diskursanalyse und Diskursgeschichte“ (S. 65 – 69), „2.5 Das Museum und die Museumsanalyse“ (S. 69 – 92) und mit der abschließenden „2.6 Zusammenfassung“ (S. 92 bis 94), woraus der Satz zitiert sei: „Die vorgestellten Institutionen des Museums und der Ausstellung sowie die entsprechende Museumsanalyse sollen es ermöglichen, das Museum als geschichtspolitisches Objekt und Subjekt zu verstehen...“ (S. 94).

Das Kapitel **„3 Flucht und Vertreibung der Deutschen als historisches Ereignis“** (S. 95 bis 144) greift das Thema auf „Vertreibung der Juden in das babylonische Exil als ein frühes Beispiel für eine staatlich forcierte kollektive Zwangsumsiedlung“ (S. 95), zeigt Europa des 20. Jahrhunderts mit den Vertreibungen von Deutschen und anderen bis hin zu den „Zerfallskriegen Jugoslawiens in den 1990er Jahren“ (S. 96). „Eine ‚ethnische Säuberung‘ in ihrer allerletzten Konsequenz führte zur ‚industriellen und planmäßigen Vernichtung des europäischen Judentums. Die Einzigartigkeit der Shoa ist in der Forschung in diesem Zusammenhang weitgehend unbestritten“ (S. 96). „Die sprachliche und definitorische Begriffsvielfalt trennt zwischen der planmäßigen physischen Vernichtung, dem Genozid und der Vertreibung der Menschen meistens an dieser Linie...Die bis heute immer wieder geäußerte Vorstellung, dass derartige Massenumsiedlungen human und geordnet durchführbar seien, wurde durch das historische Geschehen stets widerlegt...“ (S. 97).



Nicht nur bei der Behandlung der folgenden Themen hätte sich der Rezensent Anschauungsmaterial in Form etwa von Karten gewünscht (natürlich gibt es entsprechende Geschichtsatlanten, die einen Teil der Frage abdecken und beantworten können). Aber es ist auch die Frage, ob eine Dissertation nicht ohnehin auf die breite Behandlung allgemein bekannter Vorgänge in dieser Form verzichten sollte. Jedenfalls behandelt Vincent Regente die Themen „3.1 Siedlungsgeschichte bis zum modernen Nationalismus“ (S. 97 – 100), „3.2 Ideengeschichte staatlicher Zwangsmigration“ (S. 100 bis 105), „3.3 Zwischenkriegszeit“ (S. 105 – 108), „3.4 Zweiter Weltkrieg“ (S. 108 – 117), „3.5 Verlauf von Flucht und Vertreibung während und nach dem Krieg“ (117 – 125), „3.6 Integration der Vertriebenen – nach der Vertreibung in Polen und der CSR“ (S. 125 – 130), „3.7 Streitpunkte: Kontext, Opferzahlen, Verantwortung und Notwendigkeit“ (S. 130 – 141), deren Ergebnisse schließlich in „3.8 Zusammenfassung“ (S. 141 – 144) zusammengeführt werden.

Am Anfang des Abschnittes „4 Diskurse über Flucht und Vertreibung im Kalten Krieg“ (S. 145 – 194) steht die Behauptung, „Flucht und Vertreibung der Deutschen waren einige Jahre nach Kriegsende als historisches Geschehen abgeschlossen...“ Diese Meinung wird vom Rezensenten nicht geteilt. Zuweilen bis heute (*siehe die Verdächtigungen wegen der Verteilung des Corona-Impfstoffes, trotz der „europäischen Bestellpraxis“*) werden „die Deutschen“ in Europa wegen der NS-Zeit an den Pranger gestellt. So hatten es „die Sieger“ auch in den Nachkriegsjahren leicht, mit den „wiedergewonnenen Gebieten“ (Polen) und anderen Begründungen für Vertreibung und Annexionen, die die Nazimethoden weiterführten, sowohl in den kommunistischen Diktaturen als auch in demokratischen Gesellschaften dauernde territoriale Veränderungen durchzusetzen. Regente führt aus, dass trotz eingeschränkter Möglichkeiten „gelegentlich sich die Chance für einen gemeinsamen Diskursraum“ eröffnete, beispielsweise „bei dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder 1965, beim Kniefall von Willy Brandt und den folgenden Ostverträgen“. Kreisau 1989 und die Rede von Václav Havel 1989 schlossen sich an. Für die Polen spielt die Erinnerung an die „kresy“, die „polnischen Ostgebiete“, eine große Rolle [*historische polnische Gebiete, die – von einer polnischen Minderheit bewohnt – 1920 der entstehenden Sowjetunion abgenommen wurden und 1939 infolge des Hitler-Stalin-Paktes an diese wieder abgegeben werden mussten, Anm. R.H.*]. Regente vermeidet es, sich zum Charakter der polnischen Ostgebiete und der damit zusammenhängenden „Curzon-Linie“ bei der Wiedererrichtung des polnischen Staates am Ende des Ersten Weltkriegs zu äußern.

Die Diskurse werden länderweise abgehandelt für „1. Bundesrepublik Deutschland“ (S. 145 bis 161), „2. DDR“ (S. 161 – 165), „3. Volksrepublik Polen“ (S. 165 – 179), „4. Tschechoslowakei“ (S. 180 – 188). Im abschließenden Unterkapitel „5. Vergleich und Zusammenfassung“ (S. 188 – 193) fasst Regente noch einmal die verschiedenen Diskurse zusammen, führt die unterschiedlichen Systeme der Nachkriegszeit an, Diktaturen in Polen und in der DDR, anfangs Demokratie in der Tschechoslowakei, gleichwohl breite Zustimmung der Bevölkerung zur Vertreibung der Deutschen unter Diktatur wie Demokratie, den angeblich zurückgegangenen Einfluss des Bundes der Vertriebenen einerseits und andererseits die Rolle von Heimatreisen der einzelnen Vertriebenen bei der „Verständigung vor Ort“, das Versagen der Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft [*Quellen? Anm. R.H.*] gegenüber dem Angebot aus der Rede von Václav Havel, die „abschließende Klärung der Grenzfrage“ durch den „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ 1990. Regente setzt den Vertrag in die Mehrzahl und spricht von „Zwei-Plus-Vier-Verträgen“; [*rechtlich „unsauber“ ist es übrigens, für das „Konferenzkommuniqué“ - kein internationaler Vertrag, sondern Absichts- und Willenserklärung der Konferenzteilnehmer in Potsdam 1945 - statt vom „Potsdamer Protokoll“ vom „Potsdamer Abkommen“ zu sprechen, Anm. R.H.*].



Mit dem letzten Satz dieses Abschnittes – „Offen blieb die Frage, wie in den nun freien Gesellschaften Polens und Tschechiens sowie einem sich vereinigenden Europa Flucht und Vertreibung bewertet werden sollten“ - leitet Regente zum nächsten Abschnitt **„5 Diskurse über Flucht und Vertreibung nach 1989“** (Seiten 195 – 274) über, der wiederum länderspezifisch den Diskurs behandelt, nun in **„1 Deutschland“** (S. 197 – 221), **„2 Polen“** (S. 221 – 243), **„3 Tschechien“** (S. 243 – 263) und abschließt im Unterkapitel **„4 Vergleich und Zusammenfassung“** (S. 263 – 274).

Einleitend stellt Regente klar: „Der Fall der kommunistischen Diktaturen 1989 ermöglichte eine neue Beschäftigung mit den zuvor tabuisierten Themen wie der Vertreibung der Polen aus den *kresy*, *Katyń* und der kommunistischen Herrschaft, denen sich Forschung und Zivilgesellschaft verstärkt zuwendeten. Die Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung fiel oft mit der zuvor vernachlässigten Beschäftigung mit der Lokal- und Regionalgeschichte zusammen...“ (S. 195).

Was Deutschland betrifft, so stand es - nach Regente – „vor der Herausforderung, eine neue Verständigung mit den Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei zu finden ...“ (S. 197).

Regente spricht die Haltung von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Grenzfrage 1989/90 an - die fehlende Unterstützung für die Vertriebenenverbände, diese Frage europäisch zu lösen -, die schon oben genannte Rede von Václav Havel und das Verhalten der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Nachbarschaftsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei (später der Rechtsnachfolger Tschechische Republik), den Einfluss der Bilder von den Vertreibungen der Balkankriege, die Initiative der BdV-Präsidentin Erika Steinbach für das Zentrum gegen Vertreibungen (1999) und die daraus folgende Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Tätigkeiten der Preußischen Treuhand („Forderungsgesellschaft einiger Vertriebenenfunktionäre und Privatleute“, S. 205), Günter Grass mit seiner Novelle „Im Krebsgang“ (2002) mit dem großen Medienecho, die Diskussion um die Beneš-Dekrete im bayerischen Wahlkampf von Edmund Stoiber und bei der EU-Osterweiterung, die „teils heftigen Auseinandersetzungen um die Abberufung des Direktors der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung Manfred Kittel und die Neubesetzung der Position (2014/2015)“, die künftige Gestaltung der EU, die sog. Flüchtlingskrise 2015 mit der „deutlichen Ablehnung der Asylpolitik Angela Merkels“ durch die östlichen Nachbarstaaten, die Schaffung eines bundesdeutschen Gedenktages gegen Vertreibungen, „Deutschland als Einwanderungsland“, die Entstehung der Partei „Alternative für Deutschland“, die Kulturförderung nach § 96 des Bundesflüchtlings- und Vertriebenengesetzes (BFVG) im Zusammenhang mit ostdeutschen Landesmuseen und dem 2000 gegründeten Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam, die besonderen Beziehungen des Freistaates Bayern zu Sudetendeutschen und zu Tschechien.

In Polen und in Tschechien wurden die Entwicklungen in Deutschland aufmerksam beobachtet, wobei für Polen die Grenzfrage (Zwei-Plus-Vier-Vertrag 2000 und Nachbarschaftsvertrag 2001), die „Erinnerungskultur“ mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ resp. „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und die Reaktion darauf eine besondere Rolle spielten. Im Gegensatz zu Polen, dass nach Kriegsende als kommunistische Diktatur entstand, war die Tschechoslowakei ein demokratischer Staat, der erst nach der Vertreibung seiner Staatsbürger deutscher Nationalität kommunistisch wurde. In beiden Staaten war jedoch die Zustimmung zur Vertreibung der Deutschen groß, wenn auch die Alliierten als Hauptverantwortliche für die Vertreibungen hier und da genannt wurden. *Der Rezensent verzichtet darauf, die einzelnen Punkte der tschechischen Diskurse zu wiederholen: Münchener Abkommen 1938, Beneš-Dekrete, Havel-Rede, Sudetendeutsche Landsmannschaft.*

Regente kommt nun auf den *Seiten 275ff.* zu seinem eigentlichen Untersuchungsgegenstand, den Museumsprojekten selbst.



Im Abschnitt **„6 Regionalhistorische Museen“** (S. 275 – 367) behandelt er einleitend **„6.1 Anmerkungen zur oberschlesischen Geschichte“** (S. 275 – 284), für Niederschlesier, wie dem Rezensenten, erst einmal gewöhnungsbedürftig. Regente begründet das nicht, wenn man nicht seine folgenden Ausführungen dafür stehen lassen will: „Im polnischen Sprachgebrauch wird gewöhnlich mit Schlesien (*Śląsk*) zumeist das im Deutschen als Oberschlesien bezeichnete Gebiet benannt und seltener spezifisch von Oberschlesien (*Górny Śląsk*) gesprochen. Einzelne Elemente der oberschlesischen Geschichte und mit ihr verbundene historiographische Diskussionen werden im Folgenden skizziert, insofern sie wenigstens mittelbar für das Verständnis der Verhältnisse in Oberschlesien am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach von Bedeutung sind“ (S. 275). Armes Niederschlesien!

Im Folgenden werden in dem Abschnitt Siedlung und Nationalitätenverhältnisse, Industrialisierung, Bismarcks Kulturkampf, Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Polnische Aufstände, Wahlergebnisse, NS- Propaganda, Deutsche Volksliste, Flucht und Vertreibung, Aussiedler, Minderheit, Autonomie-Bewegung genannt.

Als erstes Regionalmuseum wird dann im Unterabschnitt **„6.2 Schlesisches Museum zu Görlitz“** (S. 285 – 313) das Schlesische Museum zu Görlitz behandelt. Dabei wird gleich zu Anfang bekannt, dass der Görlitzer Stadtrat unmittelbar nach Kriegsende ein Schlesisches Museum in Görlitz einrichten wollte, was dann aber die politischen Verhältnisse in der SBZ bzw. später in der DDR nicht gestatteten; bis 1989 verschwand die staatliche Erinnerung an Schlesien in der DDR weitgehend. In der Bundesrepublik Deutschland scheiterte die Einrichtung eines Schlesischen Museums in Hildesheim 1990 an der neuen Rot-Grünen-Landesregierung unter Gerhard Schröder, also des Patenlandes Niedersachsen der Landsmannschaft Schlesien. Nach der Vereinigung von BRD und DDR konnten die Pommern wie die Schlesier ihr Museum im bei Deutschland verbliebenen Landesteil errichten. Die schon bestehenden Einrichtungen, das ‚Haus Schlesien‘ in Königswinter und das seit 1983 (Neubau 1998 eröffnet) bestehende Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen, blieben erhalten, das Görlitzer Museum sollte die Idee eines schlesischen Zentralmuseums verwirklichen.

Dem Schlesischen Museum in Görlitz wurde von der Stadt Görlitz der Schönhof überlassen, der als „ältester erhaltener bürgerlicher Renaissancebau“ unter Denkmalschutz steht und aufwändig saniert werden musste. Die Museumsstiftung wurde 1996 gegründet, im Mai 2006 wurde die erste Dauerausstellung eröffnet. Gegenüber dem Entwurf für Hildesheim wurde die politische Struktur so verändert, dass der Einfluss der Landsmannschaft Schlesien reduziert wurde. Regente sieht das wohl als Vorteil, der Rezensent folgt dem nicht und weist auch auf die Nachfolge für den ersten Direktor Markus Bauer (1996-2021) hin, für die der Beirat 2020 eine polnische Wissenschaftlerin gewonnen hat, die allerdings lange in der BRD gearbeitet hat. Die Landsmannschaft Schlesien hat kein negatives Urteil zur Person abgegeben, aber durch ihren Vorsitzenden *Stephan Rauhut*, der dem Beirat ebenfalls angehört, bedauert, dass u.a. durch den Wegfall von universitären Lehrstühlen zu historischen Landschaften im Osten Deutschlands auf diesem Feld ein Nachwuchsproblem besteht.

Das Schlesische Museum wird in den Unterabschnitten **„1 Geschichte“** (S. 85 – 86), **„2 Struktur und Aktivitäten“** (S. 286 – 289), **„3 Anspruch und Selbstverständlichkeit“** (S. 289 bis 292), **„4 Die Dauerausstellung“** (S. 292 – 303), **„5 Ausstellungsanalyse“** (S. 303 – 307), **„6 Rezeption der Ausstellung“** (S. 307 – 311) eingehend dargestellt und schließt mit dem Unterkapitel **„7 Zusammenführende Betrachtung“** (S. 311 – 313). Von polnischer Seite werden verschiedene Themen vermisst, so sei nach Piotr Semka „das schlesische Mittelalter, das von besonderer Bedeutung für die polnisch-schlesische Identität sei, nur am Rande behandelt ...“ (S. 308). Der Rezensent vermisst das Eingehen auf die germanische Zeit vor der slawischen Besiedlung, mit dem Hinweis auf die Vandalen, deren silingischem Teilstamm wir – der andere Zweig waren die asdingischen Vandalen – die Bezeichnung



„Schlesien“ verdanken sollen. Regente zitiert denselben polnischen Autor weiter mit den Feststellungen „Die Ausstellung präsentiert eine deutsche Sicht auf die Geschichte Schlesiens, angereichert mit Meinungen, die der polnischen historischen Sensibilität entsprechen ... Es ist eher ein deutsches Heimatmuseum als ein Museum der europäischen Kulturregion“. Diese Äußerungen sind jedoch nur eine Meinung von etlichen zur Rezeption des Museums in Polen. Regente kritisiert u.a. aber gegensätzlich: „Die vorsichtige Darstellung kontroverser Themen vermeidet eigene Positionierungen und Wertungen der Ausstellungsmacher und zeichnet dadurch ebenso wenig die Konfliktgeschichte über die unterschiedlichen historischen Perspektiven nach, wie sie den Besucher zu seiner eigenen Positionierung einladen. Das Schlesische Museum hat mit seiner Dauerausstellung die Chance nicht ergriffen, zu einem Ort der konstruktiven Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen über das Thema der Vertreibung zu werden ...“ (S. 312).

Dem Schlesischen Museum in Görlitz wird in einem weiteren Kapitel „6.3 Muzeum Śląskie in Kattowitz“ (S. 313 – 340) vergleichend zugesellt. Die Gliederung folgt dem bekannten Muster, das bereits bei der Betrachtung des Schlesischen Museums in Görlitz angewandt wurde. Die Wurzeln des Museums liegen mit einer deutschen Entsprechung in Beuthen O.S. schon in der Vorkriegszeit. Der Gründungsbeschluss des Schlesischen Sejms für das Museum in Kattowitz geht auf das Jahr 1929 zurück. Nach dem Krieg war das Museum in Beuthen O.S. weitergeführt worden, ehe es 1984 nach Kattowitz zurückkehrte. Der 2008 eingesetzte Museumsdirektor Leszek Jodliński erarbeitete für die Eröffnung eines seit den 1980er Jahren geplanten Neubaus ein „Konzept für die historische Dauerausstellung; mit einem Schwerpunkt auf authentischen / Objekten sollte das Museum ein ‚identitätsstiftende(r) Lernort‘ der Region jenseits der ‚zentralstaatlich ausgerichteten Meistererzählung über Oberschlesien‘ werden ... Die geplante Ausstellung wollte Jodliński mit dem konstitutiven Merkmal der Region, der Industrialisierung, beginnen lassen. So sollte diese ein Modell der ... Dampfmaschine, verbunden mit einem Zitat Goethes, eröffnen...“ (S. 314 – 315).

Dieser „deutsche Ansatz“ (!) wurde Jodliński angekreidet. Jodliński verteidigte sein Konzept im schlesischen Sejm als europäisch und die regionalen Besonderheiten angemessen berücksichtigend und kritisierte zugleich seine Gegner als Vertreter alter volkspolnischer Narrative...“. Letztendlich musste Jodliński 2013 seinen Posten räumen. Sein interessanter Werdegang über verschiedene Stationen wie Schlesisches Museum im tschechischen Troppau und 2016 bis 2019 Direktor des Oberschlesischen Museums in Beuthen – nach erfolgloser Kandidatur für den Sejm auf einer Liste der deutschen Minderheit – beendete vorläufig seine Karriere durch seine – wie Jodliński selbst behauptet – ihm bereits 2013 in Kattowitz vorgeworfene ‚Deutschfreundlichkeit‘. Gegner der ‚Deutschfreundlichkeit‘ bei der Museumsgestaltung verwiesen in den Diskussionen wie der hier zitierte Wojewode Piotr Spyra u.a. auf die andere Oderseite: „Wem eine solche Wahrnehmung der Geschichte Oberschlesiens fremd sei, könne das Schlesische Museum in Görlitz aufsuchen, das eine deutsche Sicht auf Schlesien zeige“ (S. 316/317). Regente fasst seinen Eindruck von der Dauerausstellung so zusammen: „Besucher aus Deutschland und der Welt werden vor allem ein polnisches Oberschlesien kennenlernen“ (S. 337). In der „7 Zusammenführenden Betrachtung“ kommt Regente zum Schluss. „Die Vertreibung wird als bedauerliche Tragödie bezeichnet, ohne allerdings ihre Notwendigkeit grundsätzlich in Frage zu stellen. Ebenso werden die / Entscheidung und Verantwortung für diese nach ‚Potsdam‘ externalisiert, auch wenn polnische Akteure vorgestellt werden ... Die Ausstellung weist trotz der vielfältigen Kritik Potenziale auf... In Hinblick auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit bleibt zu konstatieren, dass die schließlich realisierte Ausstellung die Geschichte der deutschen Oberschlesier und die Entfernung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung Oberschlesiens um 1945 in ihrer einschneidenden Dimension für alle Betroffenen nicht



ausreichend darstellt. Diese Unzufriedenheit manifestiert sich auch in dem Vorschlag der schlesischen Autonomiebewegung und der deutschen Minderheit, eine weitere Ausstellung zur Vertreibung aus Oberschlesien in Beuthen zu schaffen“ (S. 339 – 340).

Mit dem Kapitel „6.4 Anmerkungen zur sudetendeutschen Geschichte“ (S. 340/341) leitet Regente zur Behandlung des „6.5 Sudetendeutsches Museum in München“ (S. 341 – 351) über. Zum Zeitpunkt seiner Untersuchung war das Sudetendeutsche Museum in München noch nicht eröffnet, die Eröffnung erfolgte erst im Herbst 2020. Seine Untersuchung gründete sich auf dem Konzept von Elisabeth Fendl von 2016 für das Museum.

Regente äußert dazu u.a.: „Das Konzeptionspapier lässt keine Analyse der finalen Gestaltung des Sudetendeutschen Museums zu. Als Grundlinie zeichnet sich gleichwohl die Schaffung eines kulturhistorischen Museums mit einigen Parallelen zum Schlesischen Museum zu Görlitz ab...“ (S. 349). Und weiter: „Die Ausstellung will eine mehrere Jahrhunderte umfassende Geschichte der Region und der Sudetendeutschen erzählen. Das dem Museum bisher den Titel gebende ‚Zusammenleben‘ soll bereits vor dem 19. Jahrhundert vorhandene Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen und Religionsgemeinschaften der böhmischen Länder aufzeigen und auf die Erzählung einer multiethnischen Idylle verzichten. Bereits daraus folgt ein weiter gefasster Kontext von Flucht und Vertreibung: Als ihre Vorgeschichte wird eine jahrzehntelange Konfliktgeschichte erzählt, die aber keineswegs zwangsläufig auf die gewaltsame Trennung hinausgelaufen sei. Für die Zwischenkriegszeit sollen sowohl die zwar für Ostmitteleuropa vergleichsweise moderate, aber immer noch diskriminierende Minderheitenpolitik ebenso wie der Aufstieg des sudetendeutschen Nationalsozialismus bereits vor dem Einmarsch diskutiert werden...Das Papier verwendet überwiegend den Begriff ‚Flucht und Vertreibung‘ oder ‚Vertreibung‘ für die Beschreibung der Zwangsmigration der Sudetendeutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und bleibt damit im Rahmen des konventionellen deutschen Sprachgebrauchs“ (S.349 – 350). Regente findet im Konzept auch Bezüge zur Gegenwart: einmal mit der Darstellung des deutsch-tschechischen-jüdischen Zusammenlebens als ein Muster für eine europäische Region, was zum Verständnis heutiger multiethnischer Gesellschaften beitragen könne, und zum anderen gibt es Verbindungen zur gegenwärtigen ‚Flüchtlingskrise‘“. Hier gibt Regente zu bedenken, „inwieweit die Dauerausstellung für die Verhandlung eines solch komplexen und noch sehr gegenwärtigen Themas geeignet ist, oder ob dafür nicht doch eher Sonderausstellungen und Veranstaltungen sinnvoller sind.“ Regente schließt seine Betrachtungen zum Sudetendeutschen Museum mit den Feststellungen: „Die Planungen zum Sudetendeutschen Museum fügen sich in den Reformkurs der Landsmannschaft unter Bernd Posselt, der zu einer Verbesserung des sudetendeutsch-tschechischen Verhältnisses beitrug. Diese Entwicklung schlägt sich in einem vergleichsweise kritischen Ansatz der Münchner Museumsplanung nieder, der die traditionelle Meistererzählung der Landsmannschaft reflektiert und die Kooperation und Anschlussfähigkeit mit Tschechien sucht...“ (S. 351).

Im folgenden Abschnitt „6.6 Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens in Aussig“ (S. 351 bis 362) werden die Initiativen in Tschechien dargestellt, die in gewissem Sinne angestoßen wurden durch das Zentrum gegen Vertreibungen und schließlich den 2006 / konkreter werdenden Planungen für ein Sudetendeutsches Museum in München. Darauf reagierte die ‚tschechische Politik‘ mit einem eigenen Museumsvorhaben“ (S. 351 – 352). So gründeten im Jahr 2006 die Stadt Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe), ihr Stadtmuseum, die Evangelista-Purkyně-Universität und die Gesellschaft für die Geschichte der Deutschen in Böhmen das Collegium Bohemicum. Die Leiterin des Tschechischen Zentrums in Berlin, Blanka Muralová, wurde erste Direktorin. 2008 trat dem Vorhaben mit dem Kultusministerium auch der tschechische Staat bei. Eine Expertenkommission erarbeitete unter Leitung von Blanka Muralová ein erstes Konzept für eine künftige



Dauerausstellung. Dieses Konzept wurde 2010 in Berlin vorgestellt, erste Besprechungen in der tschechischen Presse waren positiv. „2016 veröffentlichte das Collegium ein dreizehnseitiges Papier, in dem ein fiktiver ‚Spaziergang‘ durch die künftige Ausstellung beschrieben wird. Kurz darauf wurde die bisherige Direktorin und Kuratorin der Ausstellung Blanka Mouralová von ihren Funktionen entbunden...“ (S. 353). Politische Gründe sollen für die Abberufung nicht ausschlaggebend gewesen sein. Im März 2017 wurde der Historiker Petr Koura neuer Direktor. Er hat das „seit 2012 kaum veränderte Konzept weiterentwickelt, ergänzt und aktualisiert“. Zum Anspruch des tschechischen Staates heißt es (S. 355): „Die Verhandlung der Thematik des deutsch-tschechischen Zusammenlebens sowie von Flucht und Vertreibung sollen nicht allein dem deutschen Nachbarn überlassen werden. Zudem könne nach Auffassung der Museumsmacher das Museum als Instrument staatlicher Außenpolitik dienen, indem es das Thema sachlich und unvoreingenommen behandelt und so die politische Sprengkraft des Themas begrenzt...“ Der Name des Museums ist Programm: „Der in Tschechien nach wie vor überwiegend negativ konnotierte Terminus der Sudetendeutschen würde dem Ziel widersprechen, die Deutschen des Landes als ehemaligen Teil der Gesellschaft und eben nicht als externe, feindliche Fremde zu verstehen...“ (S. 355).

Regente muss sich bei seiner Analyse auf die Rahmenkonzeption von 2010 und den 2016 veröffentlichten ‚Spaziergang‘ stützen, da in seinem Untersuchungszeitraum die Ausstellung noch nicht eröffnet war.

Im Kapitel „6.7 Vergleich der regionalhistorischen Museen“ (S. 362 – 367) heißt es einleitend: „Eine zusammenführende Betrachtung der beiden schlesischen Museen sollte zunächst die erwähnten Gemeinsamkeiten und strukturellen Unterschiede diskutieren“. Eine Ähnlichkeit stellt Regente bei ihrem Anspruch fest: „Beide versuchen die Region in ihren Spezifika attraktiv darzustellen und verfolgen eine rhetorische Bezugnahme zu Europa – stärker in Görlitz, schwächer in Kattowitz. Der politische Gründungsimpuls war in Deutschland wesentlich mehr auf die Verständigung nach Polen hin ausgerichtet als umgekehrt in Kattowitz...“ (S. 362). Regente stellt für die beiden schlesischen Museen in der Machart grundsätzliche Unterschiede fest, während in der inhaltlichen Struktur ähnliche Ansätze verfolgt werden. Beide Häuser zeigen Flucht und Vertreibung im Kontext mit der sehr ausführlichen Darstellung des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft. „In Görlitz überwiegt die Darstellung Schlesiens als kulturgeschichtlicher deutscher Region, deren Geschichte und Kunst bis heute von Interesse für alle Menschen sind. Dabei gelingt es Görlitz, deutsche Schlesier ebenso anzusprechen wie andere Bevölkerungsgruppen...“ (S.364). Regente geht auch kurz auf eine sehr kritische vergleichende tschechische Untersuchung der schlesischen Museen in Görlitz, Kattowitz und Troppau (Tschechien) ein, der er aber nicht ganz folgen will (S. 364/365). Regente urteilt abschließend: „Sowohl das Schlesische Museum zu Görlitz als auch das Muzeum Śląskie in Kattowitz weisen trotz der angeführten Kritik gelungene Umsetzungen und Potenziale auf“, das könne mit zukünftigen, auch gemeinsamen Projekten für Verständnis und Dialog weiterentwickelt werden (S. 365).

Zu den beiden Museumsprojekten in München und in Aussig erinnert Regente an das gemeinsame Ziel der Museen, „das Zusammenleben in den böhmischen Ländern“ zu zeigen und dass die beiden Einrichtungen sich dadurch unterscheiden, „dass das Vorhaben in München von einem breiten politischen Konsens getragen ... / ...wurde (S. 365/366). Die beiden Konzeptionspapiere würden sich in ihrem Kern nicht unterscheiden, „für beide Einrichtungen ist durch ihre Beiräte und ihr Personal eine deutsch-tschechische und internationale Ausrichtung bestimmend“.

Im letzten großen Abschnitt „7 Museumsprojekte mit europäischem Anspruch im Vergleich“ (S. 369 – 523) untersucht Regente die Museumsprojekte in Berlin, Danzig und Brüssel.



Die „7.1 Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (S. 369 – 411) in Berlin war noch nicht eröffnet, so dass sich Regente u.a. auf das Konzeptionspapier von 2017 stützt.

Im ersten Unterkapitel „7.1.1 Geschichte“ (S. 369 – 382) berichtet Regente über die historische Entwicklung des Vorhabens. Bereits seit den 1970er Jahren gab es erste Überlegungen, „ein Zentralmuseum für die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa und ihr Ende durch Flucht und Vertreibung einzurichten. Diese Planungen wurden jedoch zugunsten der dezentralen Landesmuseen aufgegeben und aufgrund der politisch und kulturell stark föderalen Struktur der Bonner Republik nicht weiter verfolgt“. Angestoßen durch die Diskussionen um das Zentrum gegen Vertreibungen des Bundes der Vertriebenen wurde das Projekt wiederbelebt. „Die nach der Bundestagswahl 2005 gebildete Koalition aus CDU/CSU und SPD sah in ihrem Koalitionsvertrag vor, ‚im Geist der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen‘ zu setzen, um ‚an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten‘ ... Die SPD hingegen setzte die Zusammenarbeit mit dem von der vorherigen rot-grünen Regierung geförderten und 2004 gegründeten *Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität* (ENRS) durch, das eine internationale und nach Po- / len und Tschechien anschlussfähige Gestaltung gewährleisten sollte. Die ursprünglich ‚beiden grundsätzlich gegenläufigen Positionen‘ fanden sich in diesem Kompromiss wieder“ (S. 369/370).

Ausführlich geht Regente in seiner Arbeit auf die weiteren Entwicklungen und die zahlreichen Widerstände zum Vorhaben aus Polen und Tschechien und aus dem Inland ein. Zu den Kompromissen, die gefunden wurden, gehört auch, „die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung als unselbständige Einheit unter der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums einzurichten“. Das Gründungsgesetz wurde Ende 2008 vom Deutschen Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und Ablehnung der Partei Die Linke angenommen. In der Folge gab es jedoch Auseinandersetzungen u.a. um die Mitgliedschaft von Erika Steinbach im Stiftungsrat, es gab Rücktritte polnischer und tschechischer Vertreter, aber 2009 wurde „zum Leiter der SFVV ... der von Kritikern als nationalkonservativ eingeschätzte Regensburger Historiker Manfred Kittel berufen, dessen bisherige wissenschaftliche Arbeiten zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung zum Teil kontrovers besprochen wurden...“ (S. 372). Regente nennt Personen und Argumente bei den Auseinandersetzungen um das Konzept, und stellt dann das 2012 vom Stiftungsrat der SFVV einstimmig beschlossene Konzeptionspapier für die geplante Dauerausstellung vor: „Es sieht die Schwerpunkte der künftigen Dauerausstellung bei der Thematisierung der Zwangsmigration während des Zweiten Weltkrieges und damit verbunden ‚Besatzungsterror, Zwangsmigration und Völkermord als Teil der NS-Herrschaft‘ ebenso wie Zwangsmigrationen unter sowjetischer Herrschaft. Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bilden den Schwerpunkt. Dazu ist geplant, den Erfahrungen der Flüchtlinge nach der Vertreibung Raum zu geben und schließlich Versöhnungsinitiativen und Ideen zu einer europäischen Erinnerungskultur vorzustellen“. (S. 375).

Das Konzept wurde diesmal – im Gegensatz zu dem von 2010 – „nicht weiter kontrovers diskutiert“. Regente vermutet als Grund „die gleichbleibende Argumentationslage“. Immerhin kann er den polnischen Historiker Krzysztof Ruchkiewicz zitieren, der das Konzept „verhalten positiv“ beurteilt. Der Bund der Vertriebenen begrüßt in einer Pressemitteilung das Konzept positiv (S. 377).

Die SFVV soll im Deutschlandhaus, gegenüber dem Ruinen-Portal des ehemaligen Anhalter Bahnhofs einziehen.

Der Rezensent erinnert sich an das, was Regente nicht schildert: Das Haus wird bis Ende Juni 2010 geräumt: die dort seit Jahrzehnten heimischen Verbände des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen müssen das Haus verlassen und sich eine neue



Unterbringung suchen. Der damalige Vorsitzende des Dachverbandes „Berliner Landesverband der Vertriebenen“ (als der Landesverband des BdV), Rüdiger Jakesch, rechnete damals fest damit, dass die Landsmannschaften nach der Sanierung des Gebäudes dorthin zurückkehren könnten. Bereits früher waren die rührige Kulturinstitution „Stiftung Deutschlandhaus“ entsorgt und themenfremde Institutionen hineingezogen worden, wie die Bundeszentrale für politische Bildung. Das Haus war kriegszerstört gewesen und notdürftig wiedergestellt worden, das Kabinett Adenauer bestimmte es zur ‚nationalen Pflege der ostdeutschen Kultur‘, weshalb es dem Berliner Landesverband der Vertriebenen als dauerhaftes und unentgeltliches Domizil – so später Verbandsvertreter - übergeben wurde; das war aber nicht schriftlich festgelegt worden und konnte so nicht bewiesen werden.

Der nächste Schritt zur Vertreibung der Vertriebenen aus dem Deutschlandhaus waren die Mietzahlungen der Landsmannschaften an den Eigentümer, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA).

In den Kellern stand das Wasser, Tanzgruppen durften in den oberen Stockwerken nicht tanzen, da die Statik nicht mehr sicher war. „Denkmalschutz“ für die Fassade machte einen totalen Neubau angeblich unmöglich (Gegenbeispiel: das Karstadt-Kaufhaus in Tempelhof: Totalabriss trotz Denkmalschutz, und Wiederaufbau mit den wieder vorgeblendeten denkmalgeschützten Fassadenteilen innerhalb von zwei Jahren!). Die Sanierung des Hauses, das bis 1974 den Namen „Haus der Ostdeutschen Heimat“ trug, zog sich hin.

Ein anderer Weg wäre gewesen, wenn der BdV nach der Vereinigung von BRD und DDR seine Zentrale nach Berlin in das sanierte Haus hätte verlegen können und wollen, der Berliner Landesverband mit seinen landsmannschaftlichen Mitgliedern weiter die Räume hätte nutzen können, die SFVV auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs einen ansprechenden Neubau hinter der Schwechten-Fassade des Bahnhofs bekommen hätte.

Ein weiterer Vorteil: die Diskussionen um konkurrierende Einrichtungen – wie das Denkmal für die polnischen Opfer oder das nun vorgesehene Museum des Exils – wären an dieser Stelle ausgeblieben.

Aber politisch war das wohl nicht durchsetzbar, so wie beim Berliner Schloss, genannt Humboldt-Forum, das sich weder mit Preußen, noch mit den preußischen ostdeutschen Ländern (Ostdeutsche Landesmuseen) befassen darf! (Anm. R.H.).

Auch wegen dieser baulichen Probleme konnte die Dauerausstellung der SFVV nicht im Jahr 2015 eröffnet werden. Regente berichtet weiter, dass der Wissenschaftliche Beraterkreis der SFVV im Oktober 2013 in Danzig war und gemeinsam mit Mitarbeitern der Stiftung das im Aufbau befindliche Museum des Zweiten Weltkrieges besuchte (S. 377/378). Nach Auseinandersetzungen um zwei Ausstellungen der SFVV im DHM, traten 14 von 15 Mitgliedern des Beraterkreises zurück, im Dezember 2014 gab dann auch der kritisierte Direktor Manfred Kittel seine Position in der SFVV auf. Regente stellt dies im Einzelnen belegbar dar (S. 378). Regente schildert darauf die lange Interimszeit mit der Suche nach einem Nachfolger. Im April 2016 wurde Gudrun Bavendamm neue Direktorin, sie war bis dahin Leiterin des AlliiertenMuseums in Berlin-Zehlendorf gewesen (S. 379/380).

Im Oktober 2016 konnte für das Deutschlandhaus das Richtfest gefeiert werden (S. 380).

Die Verzögerungen bei der Eröffnung der Dauerausstellung machten – so die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) Monika Grütters - eine „Nachjustierung des Projektes möglich, „sodass unter anderem die Dauerausstellung stärker ‚als bislang geplant in die Geschichte der Migration eingebettet werde und vor allem Bezüge zu den heutigen Flüchtlingsströmen und -schicksalen‘ hergestellt werden können.“ Die Konzeption von 2012



wurde überarbeitet und 2017 ein „konkretisierendes und ergänzendes 46-seitige ‚Konzept für die Dauerausstellung‘ vorgestellt.“ Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD von 2018, so Regente, unterstreicht nochmals eine europäische Ausrichtung der SFVV und kündigt die verstärkte Unterstützung des *Europäischen Netzwerke Erinnerung und Solidarität* an, das aber inhaltlich nicht mehr in einem direkten Verhältnis zur SFVV steht“ (S. 381).

Regente erwähnt auch eine weitere Initiative, die ein Denkmal für das Leiden Polens unter deutscher Herrschaft im Zweiten Weltkrieg gegenüber dem Deutschlandhaus errichten will. Darüber scheint aber, so meint der Rezensent, die Entwicklung hinweggegangen zu sein. Regente zitiert den Initiator der Idee, den Stadtplaner Florian Mausbach (1944 in Koblenz geboren), mit dem Satz: „Wenn das polnische Denkmal gegenübersteht, wird niemand zweifeln, wer das wahre Opfer war (S. 381/382). [Übrigens versteht sich die SFVV als „Dokumentationszentrum“, weniger als Museum, Anm. R.H.]

In den weiteren Unterkapiteln setzt sich Regente mit der SFVV auseinander: „7.1.2 Struktur und Aktivitäten“ (S. 383 – 386), „7.1.3 Anspruch und Selbstverständnis“ (S. 387 – 389), „7.1.4 Konzeptionspapier 2017 – Die geplante Dauerausstellung“ (S. 389 – 400), „7.1.5 Konzeptionsanalyse“ (S. 400 – 404), „7.1.6 Rezeption der Planungen“ (S. 400 – 407) und „7.1.7 Zusammenführende Betrachtung“ (S. 408 – 411). Es wird bedeutsam sein, die hier getroffenen Wahrnehmungen mit der Wirklichkeit der wohl 2021 eröffneten Dauerausstellung der SFVV zu vergleichen.

Das zweite Museumsprojekt mit europäischem Anspruch, das sich Regente vorgenommen hat, ist das „7.2 Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig“ (S. 411 – 457), dessen Geschichte am 8. November 2007 begann, „als der polnische Historiker Paweł Machcewicz in der liberalen *Gazeta Wyborcza* erstmals die Idee formulierte...“. Machcewicz führte „ohne Umschweife ... den Hintergrund seines Vorschlags an: das deutsche Gedenken an die Vertreibungen. Zwar sei der gerade gefundene Kompromiss in Deutschland, dass das ‚Sichtbare Zeichen‘ unter der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums entstünde, kein Sieg für den BdV, dennoch würden damit die Erwartungen aus Polen nicht ausreichend erfüllt..., dass es in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft die Sichtweise gebe, Flucht und Vertreibung viel weniger im Kontext des Zweiten Weltkrieges als in dem der ethnisch homogenisierenden Nationalstaaten und ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts zu sehen. Mit dieser Perspektive gehe zwar zumeist einher, dass die Polen im Zweiten Weltkrieg unfraglich Opfer der Deutschen geworden seien, am Ende aber Täter wurden, die sich an unschuldigen Deutschen vergingen. Dem folge eine unzulässige Parallelisierung des Geschehens und des polnischen Handelns mit beispielsweise den serbischen Verbrechen an Bosniern und Albanern in den Balkankriegen...“ (S. 411). Nach Machcewicz wird dadurch „das tatsächliche Bild der Geschichte verformt“ und weiter führt er aus: „Es relativiert auch ... die Außergewöhnlichkeit der Erfahrungen sowohl des Zweiten Weltkriegs wie auch der Totalitarismen“. Eine derartige Erzählung stehe daher im größten Konflikt mit dem historischen Gedächtnis Polens. Aber auch der deutsche Fokus auf dieses Thema sei ein historisch falscher Schwerpunkt, denn so P. M., „[...] die Erinnerungen an die Zwangsumsiedlung der Polen und der Deutschen – sind weniger wichtig und schmerzhaft als Auschwitz und Katyń, die zivilen Opfer des Warschauer Aufstands und der seit Beginn des Krieges von den deutschen Besatzern verfolgten Ausrottungspolitik“ (S. 412).

Regente analysiert die Konzeptionspapiere und Äußerungen zum Aufbau des Museums, die Kritik der auf Tusk nachfolgenden PiS-Regierung und die Eingriffe letzterer, die schließlich zur Entlassung des Gründungsdirektors Paweł Machcewicz im Frühjahr 2017 führten. Regente führt hier die Rheinische Post vom 13.05.2016 an, die die polnische Ministerpräsidentin in einer Regierungserklärung kundtut: „künftig nur noch solche Projekte



zu fördern, die ‚Polen und der Welt von unseren Helden erzählen‘. In dieses Konzept, das einer Geschichtswaschmaschine ähnelt, in der alle möglichen Flecken auf der eigenen historischen Weste möglichst entfernt werden, passte das Danziger Weltkriegsmuseum von vornherein nicht hinein...“. Regente stellt dann auch den neuen Direktor Karol Nawrocki vor, den die PiS-Regierung berief. Der setze „die allmähliche Umwandlung des Museums in ihrem Sinne in Gang“.

In den dem Unterkapitel „7.2.1. Geschichte“ (S. 411 – 425) folgenden Kapiteln breitet Regente wiederum reiches Hintergrundmaterial aus: „7.2.2 Struktur und Aktivitäten“ (S. 426 bis 430), „7.2.3 Anspruch und Wirklichkeit“ (S. 430 – 432).

Regente hat (natürlich) auch dieses Museum besucht und beschreibt die ersten Veränderungen, die stattgefunden haben. In den Unterkapiteln „7.2.4 Die Dauerausstellung (Januar 2017)“ (S. 432 – 445), „7.2.5 Ausstellungsanalyse“ (S. 445 – 450), „7.2.6 Rezeption der Ausstellung“ (S. 451 – 453) und „7.2.7 Zusammenführende Betrachtung“ (S. 454 – 457) werden die Eindrücke und Erkenntnisse aus Konzeptionen und Ausstellungsbesuch zusammengetragen. Folgen wir Regente bei der „zusammenführenden Betrachtung“ die sich auf die ursprüngliche Ausstellung von 2017 beziehen muss, so sehen wir hier „den Versuch der polnischen Liberalen und Liberalkonservativen .. in einem Museum eine proeuropäische und patriotische Geschichte des zweiten Weltkrieges und darin enthalten auch die Geschichte der Vertreibung der Deutschen zu erzählen. Dennoch werden für die Zusammenführung auch die erhebliche Kritik an dem Museumsprojekt von nationalkonservativer Seite sowie die nach dem Leitungswechsel vorgenommenen ersten Änderungen an der Ausstellung berücksichtigt“ (S. 454). Es konnte aber noch nicht in seiner Vollständigkeit dargestellt werden.

Regente führt hier an „die moderne Ausstellungsgestaltung als ein interessantes und ansprechendes Beispiel für eine Synthese von objektzentrierter und szenografischer Ausstellung“. Es erkläre einen Teil des Erfolges des Museums: „Es ist kompatibel für verschiedene Seh- und Erzählgewohnheiten“. Bei der „Präsentation von Gewalt und vor allem von Gewaltopfern“ sei es weniger zurückhaltend als manche Häuser in Deutschland, aber der Besucher werde nicht emotional *überwältigt*. Der angestrebte Versöhnungsimpuls des Museums ist mehr indirekt zu finden, die Ausstellungsmacher verzichteten auf jede Form des oft beklagten ‚Versöhnungskitsches‘.

„Die im Ausstellungsbereich ‚Ethnische Säuberungen‘ diskutierten Geschehnisse in Ostgalizien und Wolhynien sowie auf dem Balkan während des Krieges werden nicht mit den ‚ethnischen Säuberungen‘ am Ende des Krieges verbunden“ (S. 455).

Zum Thema ‚Bromberger Blutsonntag‘ wird ausgeführt: „Ein konservativ-konventioneller Ansatz des Hauses zeigt sich vielleicht am deutlichsten bei der Darstellung des ‚Bromberger Blutsonntages‘, die der konventionellen, nationalpolnischen Erzählung folgt...“

„In Bezug auf die Freie Stadt Danzig fällt neben den diskutierten fragwürdigen Bevölkerungsangaben [siehe S. 436 und S. 446, Rez. R. H.] auf, dass diese im Englischen konsequent ‚Free City of Gdańsk‘ genannt wird. Dies ist insofern bemerkenswert, als die gängige Bezeichnung dieses historischen Staates im Englischen grundsätzlich ‚Free City of Danzig‘ lautet, was auch die historische Selbstbezeichnung widerspiegelt.“

Abschließend stellt Regente fest, dass der Grundcharakter der Ausstellung erfolgreich umgesetzt wurde, nämlich „einen umfassenden Überblick über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu schaffen. *Flucht und Vertreibung* haben ihren Platz, wenn auch keine überragende Position, womit sich die Bewertung als eines ‚der wichtigsten Fragmente‘ der Ausstellung relativiert. Dies kann kaum bedauert werden, wenn man sich das MIW als eine Alternative zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wünscht, denn dafür ist das Element / zu klein und zu wenig vertieft. Das Haus ist über seinen Gründungsimpuls hinausgewachsen, womit die Dauerausstellung als Aushandlungsort über Zwangsmigration im Zweiten Weltkrieg nur als Ergänzung geeignet ist“ (S. 456/457).



Kommen wir also zum letzten von Regente vorgestellten Beispiel, das Kapitel „7.3 Haus der Europäischen Geschichte“ (S. 457 – 512). Wie gewohnt gliedert sich der Untersuchungsabschnitt in „7.3.1 Geschichte“ (S. 459 – 466), „7.3.2 Struktur und Aktivitäten“ (S. 466 – 469), „7.3.3 Anspruch und Selbstverständnis“ (S. 469 – 473), „7.3.4 Die Dauerausstellung“ (S. 473 – 489), „7.3.5 Ausstellungsanalyse“ (S. 489 bis 493), „7.3.6 Rezeption der Ausstellung“ (S. 493 – 501), „7.3.7 Zusammenführende Betrachtung“ (S. 501 – 504) und abschließend für den gesamten Abschnitt „7.4 Vergleich und Zusammenfassung“ (S.504 – 512) für die Museumsprojekte mit europäischem Anspruch.

Das „Haus der europäischen Geschichte“ wurde im Mai 2017 eröffnet und „ist Teil einer seit den 1990er Jahren expandierenden Identitäts- und Erinnerungspolitik der Europäischen Union. Dieses ist in ihrer Zielsetzung ambitioniert: ‚Seit Maastricht verfolgt die EU eine Kulturpolitik, deren zentraler Baustein die Behauptung einer europäischen Kultur und Geschichte bildet‘“. Regente: „die Akteure der EU stehen dabei vor einer doppelten Herausforderung: Die Bürger haben nicht nur ein Problem, sich mit Europa zu identifizieren, auch die unterschiedliche Bewertung der Vergangenheit wirkt häufig trennend“. Nach wir vor bestehe auch das Problem einer „fehlenden europäischen Öffentlichkeit, die eine transnationale Verbundenheit mutmaßlich stärken würde“. Wiederholt seien die Initiativen, wie die des Hauses der Europäischen Geschichte „dem Vorwurf ausgesetzt, gleich der Harmonisierung des Binnenmarktes in der EU eine Harmonisierung der europäischen Erinnerung und in deren Folge eine Unterdrückung der nationalen Erzählungen zum Ziel zu haben“ (S. 457).

Ausführlich verfolgt Regente die Entwicklung des Hauses bis zur Eröffnung am 6. Mai 2017 durch den Abgeordneten Hans-Gert Pöttering (CDU/Europäische Volkspartei): „Das HEH solle nun ein Ort sein, an dem die ‚Idee Europas‘ weiter wachse und die Besucher sich an der ‚weiteren Gestaltung der Identität Europas beteiligen‘“ (S. 459).

Das internationale Medienecho sei positiv gewesen, meint Regente. Er verschweigt aber auch nicht die polnische Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung des Hauses, wie sie seit 2008 wiederholt erhoben wurde. Der polnische Kulturminister Pjotr Gliński sprach sich gegen das Museum aus. „Der polnische Historiker, ehemalige Solidarność-Aktivist und Mitglied des Europaparlaments Wojciech Roszkowski trat bereits im Mai aus dem *Board of Trustees* des HEH zurück und gab als Grund dafür Fehler in der Ausstellung sowie bei der Auslegung einiger der in dem Museum präsentierter Exponate an“ (S. 465).

Die PiS organisierte am 5. September 2017 eine Diskussion mit Historikern aus Dänemark, Lettland, Italien und Polen, die zuvor das Museum besucht hatten: „Die polnischen Historiker und Politiker beklagten die nicht gezeigte, tragische polnische Geschichte, darunter die verschiedenen Teilungen durch seine Nachbarn bis hin zum Hitler-Stalin-Pakt sowie die fehlende Thematisierung des spezifischen Charakters der deutschen Besatzungsherrschaft und die Darstellung der Einmaligkeit der polnischen Widerstandsbewegung. Ebenso fehle Polens Beitrag zur Entsetzung Wiens 1683 oder die polnische Verfassung von 1791. Auch wenn man akzeptiere, dass ein solches Museum kaum alle Erwartungen erfüllen könne, sei doch ein / westeuropäischer Fokus zu konstatieren und eine Überbetonung des Nationalismus als ‚most destructive force in Europe’s history, ignoring the role of the imperial powers



which caused the two world wars“ (S. 465 bis 466). Der polnische Kulturminister Gliński schrieb in diesem Sinne am 27.09.2017 einen offenen Brief an Pöttering. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wiederholte im Dezember 2017 nach seinem Amtsantritt „die Kritik an der Gestaltung des HEH“ in der Runde der Staats- und Regierungschefs der EU (S. 466).

Im Unterkapitel „7.3.6 Rezeption der Ausstellung“ (S. 493 – 501) kommen noch weitere kritische polnische Stimmen zu Wort, z.B. in Artikeln der Zeitung *Rzeczpospolita* im Zusammenhang mit dem Themenfeld Flucht und Vertreibung. Diese Zeitung behauptet dann auch weiter, einer „parteiübergreifenden deutsche(n) Allianz sei es gelungen, der EU die deutsche Geschichtspolitik aufzuerlegen und nun das Zentrum in anderer Form im Haus der Europäischen Geschichte zu materialisieren: „Das Unverschämte sei, die Hauptrolle der Opfer des Zweiten Weltkrieges bei den deutschen Vertriebenen zu sehen und die Verantwortung für den Holocaust durch die Deutschen mit anderen Völkern zu teilen“ (S. 497).

Die tschechische Presse habe die Entstehung des HEH nicht intensiv verfolgt, stellt Regente fest. Der tschechische Historiker Jakub Jares (Grüne Partei Tschechiens) übte zwar an Einzelheiten Kritik, begrüßte aber grundsätzlich den Ansatz, eine gemeinsame europäische Erinnerung zu entwickeln, Schwächen gäbe es aber bei der Umsetzung derselben (S. 500).

Regente urteilt über das HEH positiv: „Die Ausstellungsmacher haben in der von ihnen angestrebten reflektierten (S. 502): Weise den politischen Gründungsimpuls umgesetzt, einen gemeinsamen europäischen Ort der Erinnerung zu schaffen“. Und weiter: „Getragen wird die Ausstellung nicht nur von den Exponaten und der logischen chronologischen Struktur, sondern auch von der vorbildlichen Sprachgestaltung, der es gelingt, komplexe Sachverhalte zu vermitteln, ohne zu stark zu vereinfachen ...“

Regente hält auch den Vorwurf für unzutreffend, „in der Ausstellung würden nationale Erinnerungskulturen beziehungsweise der Nationalstaat an sich diskreditiert“. Auch sei „die von einigen Kritikern unterstellte Parallelisierung von Holocaust und Vertreibung ... in der Ausstellung nicht erkennbar“ (S. 502).

Kritisch sieht Regente andere Punkte (S. 503): „Die wichtige Frage der Verantwortung für die Vertreibung wird an verschiedenen Stellen unterschiedlich thematisiert. Wünschenswert wäre hier gewesen, die verschiedenen genannten Ursachen – Stalins Imperialismus, alliierte Sicherheitsvorstellungen, nicht nur in Ostmitteleuropa vorhandene Wünsche nach ethnisch homogenen Nationalstaaten – klarer nebeneinander und zur Diskussion zu stellen, beispielsweise mit der Frage: ‚War ein gemeinsames Leben mit dem vormaligen ‚Herrenvolk‘ der Deutschen noch vorstellbar?‘ Dies würde sich auch in den Charakter der Ausstellung fügen“. Neben weiteren kritischen Punkten führt Regente zum Schluss an: „Es wird auf eine Ideengeschichte staatlicher Zwangsmigrationen verzichtet. Diese hätten beim europäischen Siedlungskolonialismus durchaus Platz finden können. Ebenso stellt die Ausstellung keine klaren Zusammenhänge von Flucht und Vertreibung am Ende des Kriegs mit den vorherigen nationalsozialistischen und sowjetischen Zwangsmigrationen her“.

Regente setzt die Kritik fort: „Tatsächlich verbindet sich hiermit meines Erachtens die schwerwiegendste Fehlstelle: Die vom nationalsozialistischen Deutschland in Kooperation mit der Sowjetunion begonnene ‚ethnische Neuordnung‘ Europas, an deren Ende Flucht und Vertreibung der Deutschen standen, die aber auch zum



weitgehenden Ende des multiethnischen Osteuropas führte, wird in ihrer Bedeutung für Europa, und für Ostmitteleuropa im Besonderen, nicht ausgeführt. Dies ist besonders bedauerlich, weil damit nicht nur die Zerstörung Jahrhunderte alter Kulturgemeinschaften unterbewertet, sondern auch eine wichtige historische Grundlage für ein Verständnis aktueller politischer Entwicklungen in Ostmitteleuropa nicht genutzt wird“ (S. 503).

Regente schließt seine Kritik mit den Sätzen: „Trotz der genannten Kritikpunkte besitzt das Haus der Europäischen Geschichte alle Potenziale, ein Ort der Aushandlung über die europäische Geschichte zu werden und ist es mit den Diskussionen um seine Ausrichtung auch bereits geworden. Ein mutiges Sonderausstellungs- und Veranstaltungsprogramm könnte diesen Anspruch noch unterstreichen und diese Auseinandersetzung ermöglichen“ (S. 504). Auch die Kritiker, so Regente, sollten dieses Angebot annehmen.

Nach dem „7.4 Vergleich und Zusammenfassung“ (S.504 – 512) mit vielen klugen Gedanken, folgt noch die [Gesamt-] „Zusammenfassung und abschließende Betrachtungen“ (S. 513 – 529).

Hier heißt es einleitend „Für eine wirksame Verständigung zwischen vormals verfeindeten und zerrissenen Staaten und Gesellschaften ist kontinuierliche Arbeit notwendig...“ (S. 513). Und weiter: „Eine Erinnerungskultur der Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa sollte sich nicht auf die Vertreibungen beschränken, sondern ohne Verklärung auch die jahrhundertelange Geschichte eines überwiegend friedlichen Zusammenlebens in den Blick nehmen...“ (S. 514).

Regente schließt seine Überlegungen, die ein Programm für die europäische Zukunft sein können: „Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, die Zerstörung Ostmitteleuropas durch den nationalsozialistischen deutschen Terror, die stalinistische Sowjetunion, aber auch die Beteiligung an der ethnischen Homogenisierung Europas durch bürgerliche Regierungen bleiben vor diesem Hintergrund eine anhaltende Mahnung gegen die fatale Wirkung von Krieg, Hass, radikalisierte Ideologie und ausuferndem Nationalismus. Der Krieg mahnt in erster Linie zum *Nie wieder*, aber auch zum Erhalt und Gedenken an das kulturelle Erbe des von diesem so schwer gezeichneten Ostmitteleuropas – und damit auch der Deutschen dieser Regionen. Daraus erwachsen in vielerlei Hinsicht der Wert und die Notwendigkeit, dem Thema Flucht und Vertreibung in der deutschen, polnischen, tschechischen und darüber hinaus der europäischen Erinnerungskultur einen festen Platz zu geben“ (S. 529).

Auf die 529 Seiten Text folgt der Anhang mit einer recht kurzen englischen Zusammenfassung („Abstract“, S. 533 – 537), einem sehr nützlichen „Abkürzungs- und Zeitungsverzeichnis“ (S. 540 – 544), und dem „Quellen- und Literaturverzeichnis“ (S. 545 – 636), dem sich noch ein „Ortsregister“ (S. 637 – 639) und ein „Personen-, Gruppen- und Institutionenregister“ (S. 641 – 646) anschließen.

Der Rezensent musste feststellen: Das Register der Personen, Gruppen und Institutionen ist nicht vollständig. Der Verdacht, dass somit politische Rücksichten genommen wurden, ist nicht ganz ausgeräumt: jedoch fehlen letztendlich Hinweise auf alle im Text erwähnten politischen Parteien, obwohl diese ja für Entscheidungen



im politischen Raum von großer Bedeutung sind. Beim Ortsregister sind einige Irritationen – z.B. Auschwitz im Gegensatz zur sonstigen Ordnung nur mit dem deutschen Ortsnamen – nicht von Belang.

Das „Quellen- und Literaturverzeichnis“ wurde aufgegliedert in „Konzeptionspapiere und Ausstellungskataloge“ (S. 545 – 547), „Persönliche Korrespondenzen“ [von V.R.] mit lediglich zwei Nennungen (S. 547), „Pressemitteilungen, Berichte, Erklärungen und Manifeste“ (S. 547 - 550); hier beruhen viele Quellenangaben auf datierte Zugriffe im weltweiten Netz, was nicht befriedigen kann, da derartige Quellen schon im nächsten Augenblick verschwinden bzw. verändert werden können, das ist aber ein grundsätzliches Problem der Wissenschaft, die fordern müsste, diese Quellen in die Arbeiten als Anhang im Volltext aufzunehmen.- In der Aufstellung „Reden, Ansprachen, Grußworten“ (S. 550 bis 551) tritt das Problem noch einmal auf, wie auch bei „Gesetze und Verordnungen“ (S. 551 bis 552), in der Aufstellung „Weitere Primärquellen“ (S. 552 – 553), in der Aufstellung „Beiträge in Radio und Fernsehen“ mit lediglich vier Angaben (S. 553) und nicht zuletzt in der umfangreichen Aufstellung „Zeitungsartikel und Blogeinträge“ (S. 554 bis 577) – zu viele dieser Quellenangaben werden über kurz oder lang unüberprüfbar verschwinden!

Das Quellen- und Literaturverzeichnis schließt mit einer umfangreichen Liste der „Sekundärliteratur“ (S. 577 – 636).

Für das „Quellen- und Literaturverzeichnis“ wie die Fußnoten im Text wäre die Übersetzung der fremdsprachigen Titel ins Deutsche grundsätzlich geboten.

Es liegt sicherlich im Konzept der Dissertation, nicht auf die territorialen Veränderungen einzugehen, die ja letztlich über den Tod einzelner Menschen hinaus „auf ewig“ bestehen bleiben: Der Verlust des Deutschen Reiches („Deutschland“) von einem Drittel des Territoriums mit mehreren über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaften geht im Zeitablauf weit über die individuellen Schmerzen hinaus. Die Vermutung, dass die Sieger – demokratische wie nicht-demokratische Staaten - mit „Nazi-Methoden“, die sie doch bekämpfen wollten (?), längerfristig erwünschte (?) Fakten schaffen wollten, steht im Raum. Und: Wer war auf der Flucht und wurde vertrieben, während die wehrfähigen Männer im Krieg waren und sicherlich nur ein Teil von ihnen die unterstellten Informationen zu „deutschen Verbrechen“ hatte? Es waren Alte, es waren junge Frauen mit ihren Kindern die sich auf die Flucht begeben mussten, oft mit Hilfe von Zwangsarbeitern. Ich habe selbst die Flucht meiner Mutter mit mir - damals viereinhalb Jahre alt - und meiner kleinen Schwester – damals einviertel Jahre alt - aus Deutsch Krone (Westpreußen) und die Zeit danach in Berlin bewusst erlebt. Es ist wichtig, dass die Verbrechen aller Seiten erinnert und geahndet werden und so für die Zukunft ausgeschlossen werden. Krieg und Gewalt dürfen keine Mittel zur Lösung von Streitfragen sein!

Die Beteiligung der Sowjetunion, Initiator von Angriffskriegen (Polen, Finnland) als Siegermacht bei den Nürnberger Prozessen, ist nicht nur aus diesem Grunde mehr als nur Heuchelei.

Der Vergleich der Untersuchungsobjekte wäre teilweise übersichtlicher, wenn Vergleichsdaten (Fläche, Kosten, Objekte usw.) tabellarisch zusammengefasst worden wären, Nutzer des Werkes von Vincent Regente als „Arbeitsbuch“ werden das sicherlich machen! Hilfreich wären für eine spätere Neubearbeitung auch die Hinzunahme von Fotos und Karten.



Wie schon die textlichen Ausführungen der Dissertation von Vincent Regente, so sind nicht zuletzt die umfangreichen angeführten Belegstellen eine Aufforderung an den Leser, das Werk als Arbeitsgrundlage für weitere eigene Arbeiten zum Thema Flucht und Vertreibung zu sehen. Vincent Regente stellt Streitfragen und Auseinandersetzungen einander gegenüber. Der Leser kann sich so auch eine eigene Meinung bilden. Regente ist ein Werk gelungen, dass geradezu herausfordernd in die Zukunft blickt, um die Entwicklung der untersuchten Museumsprojekte weiter zu begleiten! Herzliche Gratulation und beste Wünsche für den Autor und Promovenden, dieses Thema weiter zu verfolgen.

Wenn der Rezensent für eine möglicherweise geplante weitere Ausgabe dieses Werkes Wünsche äußert, so sei das nicht als Beckmesserei verstanden, sondern soll als Ausdruck tiefer Sympathie für diese überragende Leistung des Autors gesehen werden.

(Frau Ute Breitsprecher, Berlin, war nach Abfassung meiner Rezension eine große Hilfe: Sie las hervorragend Korrektur. Dafür danke ich sehr!)

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

Eingang: 10.01.2021



- 03)** Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser. (mit 25 schwarzweißen und mehrfarbigen Abb.). Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag (2020). 404 Seiten. ISBN 978-3-412-51926-1. € 35,00.

Mehr als nur Herrscher unter Bismarck
Neue Biographie setzt Wilhelm I. in günstigeres Licht

Nein, Wilhelm I. war doch nicht bloß ein historischer Nebenakteur, der von seinem Regierungschef Otto von Bismarck gelenkt wurde und der für zahlreiche Beobachter kaum



mehr war als eine gekrönte Marionette, die sich zwar oftmals störrisch zeigte, sich letztlich aber dem großen Virtuosen der Politik Preußens und dann auch Deutschlands fügte. So etwa in Nikolsburg 1866, als Bismarck Wilhelm ganz dringend davon abriet, dem bei Königgrätz besieigten Österreich nach der Väter alter Sitte Territorien abzunehmen. Oder bei der Kaiserproklamation 1871, die Wilhelm in der von Bismarck vorgesehenen Form ganz und gar nicht gefiel. Dieses mehrfache Nachgeben trug wesentlich zu der Marginalisierung des Hohenzollernmonarchen bei, die zu DDR-Zeiten der marxistische Historiker Ernst Engelbert im ersten Band seiner Bismarck-Biographie mit folgender Bewertung Wilhelms I. boshaft-spöttisch auf die Spitze trieb: „Drei Kriege, drei Siege, dreimal gefeiert ein tumber Tor!“ Das ging nun entschieden zu weit, den grundehrlichen, aber keinen intellektuellen Überflieger darstellenden Wilhelm I. als einen Trottel hinzustellen, und so abschätzig hat sich meines Wissens auch kein anderer Historiker geäußert. Doch der Tenor war meist so, wie Wilhelm ihn selbst vorgab, als er darüber klagte, es sei nicht leicht, unter einem Kanzler wie Bismarck Kaiser zu sein. Diese (nicht zweifelsfrei belegbare) Aussage prägt noch bis heute weitgehend das Bild des ersten Deutschen Kaisers als eines Mannes, der von Fremden gesteuert wurde.

Neues Bild von Wilhelm I.

Derartige Einschätzungen will nun der 1965 geborene österreichische Historiker und Sachbuchautor Robert-Tarek Fischer, der als Ministerialbeamter seit vielen Jahren in Österreichs Bundeskanzleramt tätig ist, widerlegen und zeichnet ein günstigeres Bild Wilhelms I. Fischer ist nämlich der Auffassung, daß die bisherige Beurteilung des Monarchen dessen durchaus aktiver politischer Wirksamkeit nicht gerecht wird. Wiewohl auch laut Fischer an der Bedeutung Otto von Bismarcks als Ausnahmepolitiker nicht zu rütteln ist, ist es für den österreichischen Historiker zu wenig, „Wilhelm I. auf die Rolle eines Edelkomparsen zu reduzieren“, da der die preußisch-deutsche Geschichte in Summe doch wesentlich beeinflußt habe.

Fischer zeigt uns, daß Wilhelm alles andere als ein unpolitischer Mensch war und bereits in jungen Jahren in seinen Briefen eine große Zahl engagierter Kommentare zu politischen Ereignissen sowie zu Kardinalfragen der Politik in Preußen und Europa abgab. Wir können nachvollziehen, daß er – wenngleich die historischen Fakten es nicht rechtfertigen – von seinen Zeitgenossen und noch lange danach als „Kartätschenprinz“ (in heutiger Diktion als „Hardliner“) gesehen wurde. Wilhelm war in der Tat ein so vehementer Verfechter des Absolutismus und hielt am Herrschertum von Gottes Gnaden so resolut fest, daß er 1848 beim Ausbruch der Revolution als einziger Spitzenvertreter der Dynastie der Hohenzollern ins Ausland fliehen mußte. Dies alles zeigt sein Biograph ebenso glaubhaft auf wie seine nach dieser tiefen Zäsur erfolgende Umorientierung, in deren Verlauf er moderatere Konzepte ersann, welche Stellung das monarchische Prinzip in einem konstitutionellen Staat einnehmen sollte.

Der neue Biograph Wilhelms I. unterteilt die unerwartet lange Herrschaft, die der Hohenzoller mit erst 60 Jahren antrat und die aufgrund seiner exorbitanten Rüstigkeit noch 30 Jahre andauerte, in drei Abschnitte, wovon der erste im Oktober 1857 begann: Damals übernahm er ein Jahr lang die Stellvertretung seines älteren Bruders, des schwer erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV. Ein Jahr später, im Oktober 1858, leitete Wilhelm die bis ins Jahr 1862 reichende „Neue Ära“ ein, in der er als Prinzregent und ab 1861 als König ein Regiment führte, das an Selbstherrschaft grenzte. Damit war er es, der sozusagen „im Alleingang“ den preußischen Verfassungskonflikt entfachte und speziell durch sein dezidiertes Aufrüstungsprogramm, das Preußens militärische Schlagkraft immens erhöhte, einen Schlüssel zur kleindeutschen staatlichen Einigung schuf.

Den zweiten Herrschaftsabschnitt Wilhelms I. zeigt uns Fischer als von den Einigungskriegen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) geprägt. Zwar kam es zu allen drei Waffengängen nicht auf Wilhelms betreiben - nein, er



mußte zum Jagen erst getragen werden -, doch übte er laut Fischer „als letzter Monarch Europas im Krieg ein Armeeoberkommando aus, das mehr als eine reine Fiktion darstellte“. Daß Wilhelm sich danach mehr und mehr von den politischen Tagesgeschäften zurückzog und so Bismarcks Position gravierend verstärkte, erklärt der Autor damit: In den 1866 von Preußen annektierten Staaten herrschte ob der Vereinnahmung großer Unmut, und so brauchte es in den folgenden Jahren eine rege Reise- und Besuchsdiplomatie Wilhelms, um die neuen Untertanen mit der Herrschaft der Hohenzollern auszusöhnen und ein inneres Zusammenwachsen zu unterstützen.

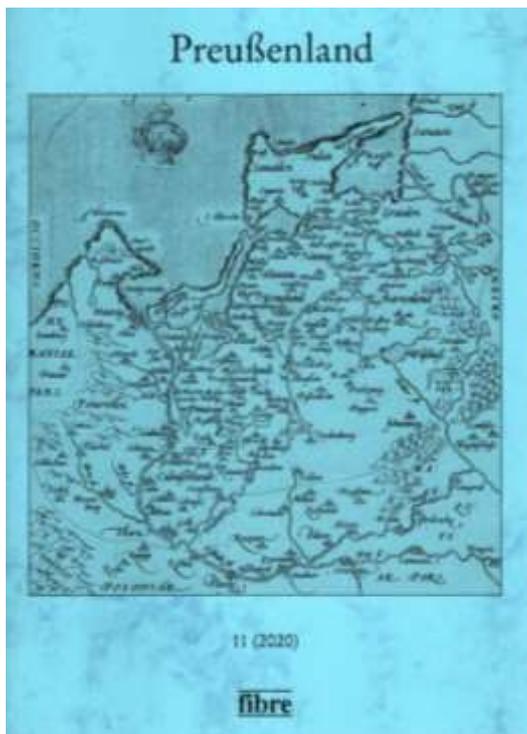
Robert-Tarek Fischer hält es für nicht gerechtfertigt, aufgrund seines Verzichts auf politische Gestaltung Wilhelms Aktivitäten in seiner dritten Herrschftsphase (der Kaiserzeit von 1871 bis 1888) fast ganz auszublenden. Immerhin hätten auch sie „keine geringe Bedeutung für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte, dies vor allem in gesellschaftspolitischer Hinsicht“, gehabt. Auf Einzelheiten dazu soll im Rahmen dieser Buchrezensionen allerdings nicht eingegangen werden.

Die hier zu besprechende Biographie ist von der recht ungewöhnlichen Begebenheit geprägt, daß die Tätigkeitsbereiche jenes Mannes, der immerhin 30 Jahre preußischer König war und außerdem 17 Jahre als Deutscher Kaiser fungierte, zumeist nur wenig bekannt oder gänzlich unbekannt sind. Das Buch, das der Österreicher Robert-Tarek Fischer ausgerechnet über den Preußen Wilhelm I. vorgelegt hat, weist Merkmale einer „klassischen“ Biographie auf, führt aber an einigen Stellen darüber hinaus. Es analysiert außerdem die politischen Themenbereiche, denen Wilhelm I. seinen Stempel aufdrückte oder in denen er seinen Einfluß zur Geltung brachte. In der Gesamtschau läßt sich die erfreulich leicht und flüssig zu lesende Biographie Fischers auch als Studie über die Spuren verstehen, die Wilhelm I. in der Historie Preußens und Deutschlands hinterlassen hat. Die Lektüre des Buches, das sein Objekt in sehr informativer Weise in die historischen Ereignisse von Wilhelms Lebenszeit „einbettet“, ist auf jeden Fall zu empfehlen.

Rezensent: Dr. Mario Kandil, Linnich

Eingang: 04.01.2021





- 04) Preußenland. Jahrbuch** der Historischen Kommission für ost- und westeuropäische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. 11 (2020). (11 Abb., 5 Tab.).
(Osnabrück) fibre (2020). 240 Seiten.
ISBN 978-3-944870-73-1. ISSN 0032-7972. € 29,80.

Die Jahrbuch-Reihe „Preußenland“ wurde im Jahr 2010 als Fortsetzung der gleichnamigen Reihe „Preußenland. Mitteilung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz“ (GSt A PK), die von 1963 bis 2009 in 47 Bänden erschien, und die „Beiträge zur Geschichte Westpreußens. Zeitschrift der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e.V.“, die von 1967 bis 2008 in 21 Ausgaben erschien, konzipiert. Der vorliegende Band umfasst sieben größere Beiträge zur Landesgeschichte aus verschiedenen Zeitaltern der ost- und westpreußischen Geschichte, verfasst von deutschen und einem polnischen Wissenschaftler. Das Jahrbuch veröffentlicht geschichtswissenschaftliche und landeskundliche Beiträge zu Alt-Preußen von der Ur- und Frühgeschichte bis zur Gegenwart sowie Buchbesprechungen und versteht sich als Mitteilungsblatt insbesondere des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz. Den Auftakt macht der Beitrag von Bernhart Jähniq über „Die stauferzeitlichen Anfänge des Deutschen Ordens, besonders in Thüringen“. Der aus Kärnten stammende Berliner Historiker, Archivar und Hochschullehrer Prof. Jähniq gilt als ausgesprochener Kenner der Geschichte des Deutschen Ordens und war von 1995 bis 2010 Vorsitzender der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Erwartungsgemäß ist seine Darstellung über die Frühzeit des Deutschen Ordens sehr aufschlussreich. Der Autor stellt die Anfänge des Ordens im Heiligen Land und im Mittelmeerraum dar. Der Orden galt in der Frühzeit als staufisch-thüringischer Hausorden. Er war die deutsche Vertretung von Ordensrittern im Heiligen Land, die bis dahin durch die



französisch dominierten Templer und Johanniter geprägt waren. Jähmig stellt die Schenkungen an den Orden dar, der anfangs vor allem im Spitalbereich und in der Seelsorge durch geistliche Ordensmitglieder tätig war. Erst nach und nach wuchs der Anteil der militärischen Ordensmitglieder und ihre Aktivitäten, die dann in die Mission im Prußenland mündete.

Der starke Bezug des Ordens nach Thüringen (und Sachsen) geht auf ihren langjährigen Hochmeister Hermann von Salza zurück. Er verstand es, eine bedeutende Rolle als Vermittler zwischen dem römisch-deutschen Kaiser Friedrich II. und dem Papst zu spielen. Er stammte vermutlich aus Langensalza in Thüringen. Er kann gleichsam als Ahnherr des historischen Staates Preußen bezeichnet werden, denn auch durch seine Bemühungen sicherte er die Heidenmission im Prußenland durch Verträge mit dem Papst, dem deutschen Kaiser und dem polnischen Herzog von Masowien ab.

Jähnigs Beitrag stellt die frühe Entwicklung des Ordens umfänglich dar.

Stefanie Bellach verfasste mit „Die Handschriftenfragmente in situ in den Überlieferungen des Historischen Staatsarchivs Königsberg. Eine Anregung zur Geschichte der Makulierung“ eine Ergänzung zu dem 2019 erschienen Katalog von Anette Löffler zu den nicht-liturgischen Fragmenten mittelalterlicher Buchhandschriften, die sich heute im GSt A PK befinden. Mit ihrem Beitrag möchte die Autorin Auswertungsmöglichkeiten der materialen Befunde aufzeigen.

Die Fragmentologie hat sich zu einer eigenen Forschungsdisziplin entwickelt. Viele alte Schriften sind nur noch in Teilen erhalten, aber auch diese Fragmente bieten die Möglichkeit aus ihnen Erkenntnisse zu gewinnen. Historische Schriften haben immer auch ihre Geschichte. Verwendete Handschriften waren auch dem Verfall unterlegen und wurden deshalb auch schon in früheren Zeiten erneuert. Hierbei kam es auch aus unterschiedlichsten Motivationen zu Veränderungen inhaltlicher Art. Auch diese Änderungen ermöglichen Deutungen und Auswertungen. Die Autorin widmet sich im Folgenden den im GSt A PK vorliegenden Schriften.

Der polnische Mediävist Jacek Soszyński ist ausgewiesener Fachmann für mittelalterliche Chroniken und Schriften. In seinem Beitrag „Nicht ganz verloren. Fragmente zweier mittelalterlicher Handschriften aus dem ehemaligen Staatsarchiv Königsberg in Wilna“ stellt er Funde in der litauischen Vrublevskis-Bibliothek (pl. Wróblewski-B.) in Vilnius vor. 1945 gelang es litauischen Wissenschaftlern Schriften des Königsberger Staatsarchivs zu retten. Viele dieser Dokumente waren stark beschädigt und sind bis heute kaum untersucht, z. T. noch nicht erfasst worden. Die hier untersuchten Handschriften waren falsch zugeordnet worden, nämlich dem Staatsarchiv Danzig. Ein Vergleich ergab aber, dass sie aus Königsberg/Pr. stammen dürften. Die Veröffentlichungsmöglichkeiten des Internets machen diese Erkenntnisse ebenfalls möglich. Die vorliegenden Dokumente sind in deutscher und lateinischer Handschrift des 15. Jahrhunderts verfasst. Im Folgenden stellt der Autor diese Fragmente näher vor und auch die bereits textlich erfassten Angaben.

Der Archivar des GSt A PK Dieter Heckmann, Schriftleiter dieser Reihe und der Vorgängerreihe, schreibt über „Der Abfall der Freien Peter von Swirgstein, Stefan von Jorgen und Tanke von Milucken aus dem Amt Ortelsburg von 1521“. Die drei Genannten versagten dem Deutschen Orden ihre Treue und mussten von ihren Besitzungen fliehen. Ein Verzeichnis listet auf, was die Geflohenen an Besitz hinterließen. Gründe für deren Flucht sind nicht einmal angedeutet, dürften aber in hohen Abgaben in der militärisch-wirtschaftlich schweren Zeit liegen. Zudem waren die „Freien“ in dieser Zeit zum unbegrenzten Heeresdienst verpflichtet. Übergriffe von Pfandherren, die in dieser Zeit dokumentiert sind, können auch eine Rolle gespielt haben. Dieser Abfall der drei Genannten



kam einem Bruch des Untertaneneides gleich, der zur Ächtung führte. Die Rückkehr und Begnadigung waren in Preußen aber durchaus möglich, doch mangels weiterer Dokumente ist der Ausgang dieses Verfahrens unbekannt.

Im Folgenden ist ein Auszug des Dokuments abgedruckt und der transkribierte Text abgedruckt. Ein Sachweiser erklärt dann die hier erwähnten Begriffe.

Marlon Bäumer schreibt anschließend über „Verräter, Ketzer und Tyrannen. Der ständische Widerstand in der Preußischen Chronik von Simon Grunau“. Der Danziger Dominikaner Simon Grunau ist Autor einer Preußischen Chronik, verfasst 1517-29. Er ist gegen den Deutschen Orden und vor allem gegen die Reformation eingestellt. Wegen seines unkritischen Umgangs mit historischen Quellen wird er auch oft als der „Lügenmönch aus Tolkemit“ bezeichnet. Dennoch ist sein Werk von Interesse, da er auch seine Quellen aufführt. Wegen seiner mangelnden Sorgfalt wird Grunau oft als Quelle vernachlässigt und Bäumer widmet sich ihm in der Thematik des ständischen Widerstands. Der Autor stellt die deutsche und polnische Forschungsgeschichte im Folgenden dar und die Bewertung Grunaus in Bezug auf den Dreizehnjährigen Krieg (1454 bis 1466, auch Preußischer Städtekrieg genannt).

Gaby Huchs Beitrag beschäftigt sich mit „Schloss und Gut der Grafen von Lehndorff am Mauersee“. Sie schildert die Geschichte, vor allem eingehend die Baugeschichte des Gutshauses und seiner Nebengebäude samt Garten seit dem 16. Jahrhundert. Als Quelle dienen auch Inventarlisten. Die Darstellung endet mit dem 20. Jahrhundert.

Der letzte Beitrag stammt von Winfried Schwab OSB: „Begeisterter CVer ist er zeitlebens geblieben ...“. Farbtragende Priester des Bistums Ermland 1862-1944/45-1965. Sein Thema ist der „Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) an der Universität Königsberg, wo die Protestanten dominierten, und in Braunsberg. Ab 1860 bildeten sich farbtragende Verbindungen. Die Bemühungen der Behörden dieses Tragen zu unterbinden waren nicht lange erfolgreich, denn viele Studenten besuchten Universitäten im gesamten Reich. Schwab zeigt die Entwicklung auch an Einzelbiographien auf. Es bedurfte dreier Gründungsversuche, bis der Verband 1935/36 endlich Erfolg hatte. Schwab behandelt auch das Thema „CVer im Nationalsozialismus“ und den Neuanfang nach Flucht und Vertreibung in Westdeutschland.

Den Abschluss des Jahrbuches bilden traditionell die Buchbesprechungen.

Rezensent: Dr. Martin Sprungala, Dortmund

Eingegangen: 29.12.2020



- 05) Jan Behrendt: Marzenia dzieciństwa / Träume der Kindheit. Dzieła Wybrane / Ausgewählte Werke. Przekład z języka niemieckiego [Übersetzung aus dem Deutschen] Wiesław Trzeciakowski. Przedmowa [Vorwort] Jerzy Szwankowski. (Mit zahlreichen Farbbildern). Chojnice (Lokalna Grupa Działania, Sandry Brdy w Chojnicach) 2019. 80 Seiten. [100 Exemplare]. ISBN 978-83-938516-6-9.



Das war eine schöne Überraschung: kurz vor Weihnachten erhielt ich diesen Gedichtsband auf den Schreibtisch durch die persönliche Beziehung zu Dr. Jerzy Szwankowski aus Konitz und seine in Berlin lebende Tochter.

Jerzy Szwankowski ist es auch der in den Band auf Polnisch wie auch auf Deutsch einleitet: „Zum ersten Mal erscheint in Polen die Gedichtsammlung eines Autors, der im Gebiet der Koschneiderei geboren wurde – einer Siedlungs-Enklave aus dem Mittelalter, in der deutsche Kolonisten römisch-katholischen Glaubens lebten. Sie waren vom Deutschen Ritterorden hergeholt worden und hatte sich im Raum zwischen Konitz, Tuchel und Kamin angesiedelt...“ Das literarische Werk der Koschneiderei war völlig unbekannt, im Gegensatz zu dem anderer Regionen. „Sie verschwand wie das mythische Atlantis nach dem Ende des zweiten Weltkriegs endgültig als eigene Region in den Abgründen der neuen europäischen Wirklichkeit und der neuen Machtverteilung auf dem Kontinent“.

In seiner Einleitung stellt Jerzy Szwankowski den Autor des Werkes vor: Pfarrer Dr. Johannes Martin Behrendt, Mitglied einer alten Familie in der Koschneiderei im Dorf Osterwick/poln. Ostrowite, „dem unbeschriebenen Zentrum der Region“. J. S. zeichnet den



Seite 161 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 782 vom 14.01.2021

schulischen und beruflichen Weg des 1850 in Görzdorf/poln. Ogorolina nach. Seine Mutter ist eine geborene Schwanitz, ein Name, der hier bei den Westpreußen in Berlin nicht unbekannt ist.

Sein schulischer und beruflicher Lebensweg führte Behrend nach Konitz, Würzburg, Rom, Zürich, Neustadt/Westpr., Königsberg/Pr., Pelplin, Danzig. Er starb 1925 in Pelplin. J.S. erwähnt auch den Neffen Pfarrer Dr. Anton Behrendt (1896-1868), 1964 von Papst Paul IV. zum Apostolischen Protonotar und zum Apostolischen Visitator für die Danziger Katholiken ernannt wurde, die seit 1945 in der BRD lebten. Allein die hier niedergelegte Biographie von Johannes Martin Behrendt verdient großes Interesse.

Die in dem Band veröffentlichten ausgewählten Werke stammen aus der 1887 in Danzig von Pfarrer Dominikus Koriath (Rößel, 1830 – 1897), mit Ausnahme der Hymne Koschnevierlied (Danzig 1911), die u.a. in den koschneiderischen Volksschulen nach der Melodie des Liedes „Auf, ihr Brüder, reicht die Hand“ gesungen wurde.

J.S. nennt in seiner Einleitung weitere tatsächliche oder vermutete lyrische Veröffentlichungen von Behrendt. Seine Werke sind nur vereinzelt in Zeitschriften erschienen, so können auch in der Zukunft noch Texte von Pfarrer Behrendt gefunden werden, die jetzt noch unbekannt sind.

J.S. will mit dieser Sammlung „dazu beitragen, allmählich das literarische Schaffen des deutschen Teils des Klerus in der Diözese von 1939 zu entdecken – bisher wurde es in der wissenschaftlichen Forschung übergangen, die ihre Aufmerksamkeit vor allem auf das Werk des polnischen Klerus konzentriert hat...“.

Abschließend stellt J.S. in seiner Einleitung die Übersetzer dieses Bandes vor. Der Übersetzer der ausgewählten Werke von Pfarrer Dr. Behrendt in die polnische Sprache, Wieslaw Trzeciakowski, ist „Dichter, Schriftsteller, Literaturkritiker, Autor historischer Veröffentlichungen zu polnisch-deutschen Fragen und Übersetzer deutscher Poesie und künstlerischer Essayistik. Er übertrug viele Werke von Novalis (*Hymnen an die Nacht*) und Georg Trakl (*Helian und andere Gedichte*) ins Polnische.

Den letzten Satz der Einführung von J. S. sieht der Rezensent R.H. auch als programmatische Aufforderung an die Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e.V., die hier in den letzten Jahre wesentlich aktiver hätte sein können bei der Herausgabe etwa vergriffener eigener Schriften über die Koschneiderei: „Diese Ausgabe der Werke hingegen – parallel in der polnischen und deutschen Version – verdankt sich der Initiative der lokalen Aktionsgruppe ‚Sandry Brdy‘ (Sander der Brahe) in Chojnice (Konitz), der aktuell einzigen Institution, die dauerhaft an der Verbreitung der Vergangenheit der Koschneiderei interessiert ist“. Die Copernicus-Vereinigung, Nachfolgerin des Westpreußischen Geschichtsvereins, sollte in Zukunft eng zusammenarbeiten! Nützlich für die Verbreitung dieses Gedankens wäre auch, den Sammelband den einschlägigen Bibliothek zur Verfügung zu stellen bzw. dass der Band von den thematisch relevanten Bibliotheken erworben wird.

Als Beispiel für die Liederauswahl sei hier das Koschnevierlied abgedruckt, das – wie von J.S. berichtet - in den Volksschulen der Koschneiderei nach einer wohl von Kolping verfassten Melodie des Liedes „„Auf, ihr Brüder, reicht die Hand“ vor dem Ersten Weltkrieg gesungen wurde. In dem Band ist es Abschluss der Sammlung, mit Text und Noten und wird von J.S. in seiner Einleitung als „die unsere Sammlung krönende Hymne“ genannt, „<entnommen> der Arbeit von Gertrud Stendal [eigentlich Gertrud Baronin von Brockdorff, *1893 in Magdeburg, †1961 in Dörnick, Kreis Plön] *Die Heimathymnen der preußischen Provinzen und ihrer Landschaften*, Heidelberg 1919“:

Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

Eingang: 10.01.2021

